

Pressepiegel 2021

Berichterstattung
NOVOMATIC

Erstellt von **Group Marketing & Communications**

Datum **19.04.2021 / KW 15**

„Profil“, 18.04.2021

Qualifikation egal, Hauptsache loyal

Aufsichtsräte, Vorstände, Sektionschefs: Mit welchen Tricks Regierungsparteien öffentliche Posten mit Vertrauten besetzen – und wie sich das ändern ließe.

VON JAKOB WINTER

Offiziell wurde im Februar 2019 nach einer „integrativen Führungspersönlichkeit“ mit „höchster Integrität“ und „visionärer Denke“ gesucht, die einen Uniabschluss in Jus oder Betriebswirtschaftslehre vorweisen kann. Wie sich später herausstellte, dürften bei der Vorstandsbesetzung der staatlichen Industrieholding ÖBAG aber auch einige andere Kriterien relevant gewesen sein, die im Ausschreibungstext verschwiegen wurden: unbedingte Loyalität zur Regierungsspitze, Zugehörigkeit zur türkisen „Familie“, eine entsprechende Parteimitgliedschaft und natürlich: Steuerbarkeit.

Die Postenschacher-Chats, die Ermittler auf dem Handy des ÖBAG-Vorstands Thomas Schmid fanden, belegen eindrucksvoll, was längst alle wussten: Bei der Besetzung öffentlicher Stellen ist nicht immer die fachliche Kompetenz entscheidend.

„Alle Parteikämpfe sind nicht nur Kämpfe um sachliche Ziele, sondern vor allem auch: um Ämterpatronage.“ Diesen Satz hat nicht etwa ein innenpolitischer Kommentator über die Erkenntnisse des Ibiza-Untersuchungsausschusses formuliert. Der Befund stammt vom deutschen Soziologen Max Weber und ist 102 Jahre alt. Die ÖVP unter Sebastian Kurz hat den Postenschacher nicht erfunden – sondern bloß ungeniert weitergeführt.

Natürlich ist nicht jede politische Besetzung gleich ein Akt der Freunderlwirtschaft. Andreas Landgrebe, Partner bei dem Personalberatungsunternehmen Boyden, plädiert für etwas mehr Gelassenheit: „Eine persönliche Gesprächsbasis mit den maßgeblichen Entscheidungsträgern zu haben, wird bei Kandidaten im staatsnahen Bereich oft kritisch kommentiert. Nur weil es in diesem Fall Politiker sind. Auch in der Privatwirtschaft ist das eine valide Kompetenz und oft ein relevantes Kriterium bei einer Besetzungsentscheidung: Kaum ein Unternehmenseigentümer würde einen Aufsichtsrat bestellen, den er nicht kennt und dem er nicht vertraut.“

Ohne Gleichgesinnte in den Aufsichtsräten von staatlichen Unternehmen könnte ein Ressortchef schnell handlungsunfähig werden – etwa wenn Verkehrs- und Klimaministerin Leonore Gewessler (Grüne) bei ÖBB und ASFINAG mit Aufsichtsräten konfrontiert wäre, die ihrer Agenda für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs entgegenstünden.

„Das Problem beginnt dort, wo man gar nicht mehr auf die Fähigkeiten schaut. Wenn die hervorragendste Qualifikation ist, dass jemand loyal ist“, sagt Irmgard Griss, Ex-Höchststrichlerin und ehemals NEOS-Nationalrätin. Wobei das in der Praxis nicht immer ganz eindeutig festzumachen sei, wie Griss einräumt. Schließlich ist kaum ein Bewerber völlig unqualifiziert.

In der Theorie sind öffentliche Positionen „ausschließlich auf Grund der Eignung der Bewerber zu besetzen“, wie es das Stellenausschreibungsgesetz vorschreibt. Und doch gibt es ein paar Umgehungsmöglichkeiten, um ein wenig nachzuhelfen. profil kennt vier Tricks, mit denen Parteigänger in Topjobs gehievt werden – und ein paar Ideen, wie sich das verhindern ließe.

Posten schaffen

Ziel: Abstellgleis für ausrangierte, aber verdiente Parteimitglieder, die noch ein paar Jahre bis zur Pension haben (oder zu viel wissen).

Gefahr: Der Rechnungshof.

Eine Sonderform des Postenschachers ist das Postenschaffen. Die Erfindung von Jobs, die niemandem abgegangen wären. Schrecklicher Verdacht: Da soll jemand versorgt werden. Mit diesem Vorwurf ist aktuell die langjährige Wiener SPÖ-Finanzstadträtin Renate Brauner konfrontiert. Denn wie es der Zufall so wollte, wurde genau zu der Zeit, als Brauner 2018 aus Landesregierung schied, das Wiener „Büro für Daseinsvorsorge“ eröffnet, finanziert von der Stadt. Brauner wurde die erste Lei-

terin. Das Office ist eine Art Lobbyingbüro für Dienstleistungen in kommunaler Hand, also städtisches Wohnen, Wasserversorgung, Öffi-Netz und mehr. Ganz untätig waren Brauner und ihre zwei Mitarbeiter zwar nicht. Bloß: Der Stadtrechnungshof kritisierte in einem Prüfbericht vom März, dass keine konkreten Zielwerte für das Büro festgelegt worden seien, an denen seine Wirkung gemessen werden könnte. Erfolg oder Misserfolg des Büros sind schlicht nicht überprüfbar. Das sieht nicht gut aus – und kostete in zwei Jahren 750.000 Euro.

Es geht freilich auch anders: Ex-Bundespräsident Heinz Fischer bekam nach seiner Amtszeit von der Regierung ein Büro samt Personal, um das Gedenkjahr 2018 vorzubereiten, schließlich jährte sich vor drei Jahren die Republikgründung zum 100. Mal und der Anschluss an Nazi-Deutschland zum 80. Mal. Fischer erfüllte seine Aufgabe kompetent und äußerst sparsam: Er war ehrenamtlich tätig.

Mögliche Lösung: Aufgaben neuer Organisationseinheiten klar und überprüfbar definieren – im Zweifel auf Versorgungspositionen verzichten.

Ausschreibungen maßschneidern

Ziel: Verhindern, dass bei einer öffentlichen Ausschreibung ein Besserqualifizierter den Wunschkandidaten aussticht.

Gefahr: Dass der Staatsanwalt das Handy eines Involvierten beschlagnahmt.

Der sicherste Weg zu einem Job ist immer noch, die Ausschreibungskriterien selbst festzulegen. Wie das geht? Thomas Schmid, einst Kabinettschef mehrerer ÖVP-Finanzminister, war höchstpersönlich in die Formulierung der Ausschreibung jenes Jobs involviert, den er heute ausübt: des ÖBAG-Vorstandes, der die Unternehmensbeteiligungen des Bundes an OMV, Post oder den Casinos Austria im Gesamtwert von etwa 26 Milliarden Euro verwaltet. Und so lief die Maßarbeit: Wäre die Ausschreibung laut Erstentwurf veröffentlicht worden, wäre nach einer „international erfahrenen Führungspersönlichkeit“ gesucht worden. Schmid jedoch schrieb seinen Vertrauten, er habe keine internationale Erfahrung. Die Passage wurde gestrichen. Für Schmid günstigere Formulierungen schafften es dagegen, teils nach mehreren Feedbackschleifen, in die

ÖBAG
ÖSTERREICHISCHE BETEILIGUNGS AG
BEKANNTMACHUNG

Der Aufsichtsrat der Österreichischen Beteiligungs AG gibt gemäß den Bestimmungen des Stellenbesetzungsgesetzes BGBl. Nr. 26/1998 bekannt, dass mit Wirksamkeit xxxxx die Bestellung eines alleinvertretungsbefugten Vorstandsmitglieds (m/w) vorgesehen ist.

Gesucht wird eine international erfahrene Führungspersonlichkeit, die geeignet und bereit ist, die Erfüllung der vom öffentlichen Eigentümer der ÖBAG übertragenen Aufgaben aktiv zu gestalten und die Vorgaben des zuständigen Ministeriums umsetzt.

Aufgaben und Verantwortungen:

- Beteiligungs- und Privatisierungsmanagement
- Recht & Compliance
- Personal & Administration
- Bilanzierung, Steuern & Finanzierung
- Kommunikation
- Wahrung von Eigentümerinteressen in den Haupt- oder Generalversammlungen und Entsendung von geeigneten Aufsichtsratsmitgliedern in die Tochtergesellschaften

Anforderungen, fachliche Qualifikation und Kernkompetenzen:

- Betriebswirtschaftliche und/oder juristische Ausbildung mit akademischem Abschluss
- Erfahrung mit Großunternehmen und den speziellen Aufgaben von börsennotierten Gesellschaften und Holdinggesellschaften
- Sehr gute Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Österreich
- Ein vertieftes Verständnis für Aufgaben von Unternehmen im öffentlichen (Teil-)Eigentum
- Idealerweise umfassende Kenntnisse des regulatorischen Umfelds auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie Erfahrung im Umgang mit wesentlichen Stakeholdern auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene, insbesondere Kenntnis der Entscheidungsabläufe der öffentlichen Hand als Aktionär
- Höchste Einsatzbereitschaft für die Aufgaben der Österreichischen Beteiligungs AG und ihrer Beteiligungsunternehmen
- Unternehmerische, soziale, organisatorische und kommunikative Kompetenzen
- Fähigkeit zur Führung und Motivation von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen
- Strategisch-konzeptionelles und analytisches Denken
- Verhandlungsgeschick, Durchsetzungsvermögen und Zielstrebigkeit
- Ausgezeichnetes persönliches Auftreten, höchste Integrität sowie Erfahrung im Umgang mit Medien

• Verhandlungssicheres Englisch ist unabdingbar, weitere Bewerbungen sind innerhalb eines Monats vom Tag der Bekanntmachung (bis einschließlich XXXX) an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der ÖBAG, XXXXX, zu Händen AltoPartners GmbH, Frau Geschäftsführerin Dr. Gabriele Werner, Fährichgasse 8/11, 1010 Wien (auch per Mail: g.werner@altopartners.at) zu senden.

Handwritten notes:
Bessage Markus Bayrer 2011
Zuschauscheidung erwünscht? 2
Verhandlungssicheres Englisch ist unabdingbar, weitere Bewerbungen sind innerhalb eines Monats vom Tag der Bekanntmachung (bis einschließlich XXXX) an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der ÖBAG, XXXXX, zu Händen AltoPartners GmbH, Frau Geschäftsführerin Dr. Gabriele Werner, Fährichgasse 8/11, 1010 Wien (auch per Mail: g.werner@altopartners.at) zu senden.
Fremd- und Eigenkenntnis ist erwünscht

Handwritten note:
Diese Ausschreibung gilt für männliche + weibliche Bewerberinnen

EIN BEWERBER, DER DIE AUSSCHREIBUNG MITFORMULIERT

Eine Mitarbeiterin von Thomas Schmid im Finanzministerium postete den Ausschreibungsentwurf für den ÖBAG-Vorstandsposten in eine gemeinsame Chatgruppe. Ganz oben ist das Wort „international“ markiert. Schmid beklagte, er habe keine internationale Erfahrung. In der Endversion wurde das Wort gestrichen, Schmid erhielt den Job.

Liste der gefragten Kompetenzen. Etwa: „Erfahrung in Verhandlungsführung mit politischen Stakeholdern.“ Damit kann ein ehemaliger Pressesprecher, Kabinettschef und Generalsekretär im Finanzministerium zweifellos dienen.

Mögliche Lösung: „Ausschreibungstexte, insbesondere für öffentliche Unternehmen, sollten von einer unabhängigen und weisungsfreien Stelle gegengecheckt werden. Die Stelle sollte dann objektiv beurteilen, ob man für eine gewisse Position internationale Erfahrung mitbringen muss oder nicht. Die Stelle könnte ähnlich aufgesetzt sein wie der Rechnungshof“, sagt Georg Krakow, Ex-Staatsanwalt und Vorstandsmitglied von Transparency International.

Hintergrunddeals abschließen

Ziel: Einem mäßig geeigneten Parteigänger einen Topjob verschaffen.

Gefahr: Anonyme Anzeigen.

Ob sich die Szene wirklich so abgespielt hat, wird sich leider niemals restlos klären lassen. Sie klingt jedenfalls wie aus dem Leben gegriffen: Ungefähr eine Woche nach der Bestellung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo zum Vorstand bei den Casinos Austria soll der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in kleiner Parlamentarier-Runde verlautet haben: „Mit Peter haben wir jetzt unseren Mann am Futtertrog. Der wird das richten.“ Und: Nach Ausscheiden des SPÖ-nahen Vorstandes Dietmar Hoscher „kann man mit schwarzer schwesterliche Hilfe die bisherigen roten Zuwendungen gut umleiten.“ So steht es in einer detaillierten anonymen Anzeige, datiert mit März 2019 – das Schreiben löste erst die Ermittlungen der Korruptionsjäger in der Causa Casinos aus. Die Republik, die damals neben der Novomatic und der tschechischen Sazka-Gruppe eine der drei großen Eigentümerinnen der CASAG war, hätte eigentlich nur einen der drei Vorstandsposten besetzen können. Die Wahl fiel auf Bettina Glatz-Kremsner. Als ehemalige Vizeobfrau der ÖVP ist sie politisch zwar eindeutig zu verorten, ihre fachliche Eignung als langjährige Casinos-Managerin war aber stets unbestritten. Anders bei Sidlo: Warum der

RUF NACH REGELN

Ex-Höchsttrichterin Irmgard Griss sieht es problematisch, wenn Personalentscheidungen nur nach Loyalitäten getroffen werden. Der Wiener Politikwissenschaftler Laurenz Ennser-Jedenastik hat eine Idee: Cooling-off-Phasen für Mitarbeiter politischer Regierungsbüros vor einem allfälligen Wechsel in die Verwaltung.



FPÖ-Mann, der keinerlei Vorerfahrung in der Glücksspielbranche vorzuweisen hatte, ausgerechnet von der damaligen CASAG-Teileigentümerin Novomatic zum Finanzvorstand nominiert wurde, ist bis heute Gegenstand von Ermittlungen. Walter Rothensteiner, zur Zeit der Bestellung noch CASAG-Aufsichtsratschef, hielt in einer Handynotiz fest: Der Novomatic-Eigentümer habe „irgendeinen Hintergrund Deal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muß“. Als Gegenleistung für die Sidlo-Bestellung soll die FPÖ der Novomatic Glücksspiellizenzen in Aussicht gestellt haben, vermuten die Ermittler. Alle Involvierten bestreiten das vehement. Es gilt die Unschuldsumutung.

Mögliche Lösung: Die Staatsanwaltschaft ermitteln lassen.

Vertraute Verbeamten

Ziel: Loyale Mitarbeiter aus politischen Büros in der Verwaltung unterbringen.

Gefahr: Frustration in der Beamtenschaft.

Es ist eine Unsitte, die immer mehr um sich greift: Am Ende ihrer Amtszeit bringen viele Minister die Mitarbeiter ihrer Büros noch schnell in der Verwaltung ihres Hauses unter, bevorzugt in Leitungspositionen. Ende 2019 hatten von den 56 amtierenden Sektionschefs 29 eine Vergangenheit in Ministerkabinetten, wie die inzwischen eingestellte Rechercheplattform Addendum recherchierte – eine beachtliche Quote von 52 Prozent. Etwa die Hälfte der Sektionen sind demnach der ÖVP zuzurechnen, die andere Hälfte teilen sich SPÖ und FPÖ. Das führt zu einer Parteipolitisierung der Beamtenschaft – und zu erheblichem Frust bei denen, die mit reiner Fachkompetenz Karriere machen wollen.

Besonders brutale Umfärbaktionen lassen sich, das zeigt die Vergangenheit, am besten als große Umstrukturierungsmaßnahmen tarnen: Sektionen zusammenlegen, neue Einheiten schaffen – das sorgt dafür, dass alle Leitungsposten neu ausgeschrieben werden müssen.

Auch im internationalen Vergleich dürften Österreichs Parteien bei Besetzungen im Verwaltungsbereich überdurchschnittlich viel mitreden. Für eine wissenschaftliche Studie wurden im Jahr 2014 insgesamt 6197 Führungskräfte aus der Verwaltung und staatsnahen Unternehmen aus 18 europäischen Ländern befragt. Sie sollten auf einer siebenteiligen Skala angeben, wie stark der politische Einfluss bei Besetzungen von Führungsjobs im öffentlichen Sektor ihrer Meinung nach ist. Mit einem Durchschnittswert von über fünf liegt Österreich im Spitzenfeld. Nur in Spanien, Portugal und Kroatien wird demnach noch mehr geschachert. Weniger politischer Einfluss dürfte nach Wahrnehmung der Spitzenbeamten in Island, Dänemark und Irland genommen werden – der Durchschnittswert dieser Länder liegt jeweils unter drei.

Mögliche Lösung: „Ich wäre sehr dafür, dass man eine Cooling-off-Phase für Kabinettsmitarbeiter einführt. Zudem sollen Leute, die keine Verwaltungserfahrung haben, außer dass sie in politischen Kabinetten waren, nicht Sektionschefs werden können und damit die traditionelle Beamtenkarriere umgehen“, sagt der Wiener Politikwissenschaftler Laurenz Ennser-Jedenastik. ■

„Salzburger Nachrichten“, 17.04.2021

Illegale Onlinecasinos boomen trotz juristischer Pleiten in Serie

Corona lässt Gewinne der Onlinecasinos weiter steigen. Weil alle, bis auf eines, hier illegal Glücksspiel anbieten, klagen immer mehr Spieler ihre Verluste ein.

ANDREAS WIDMAYER

SALZBURG. Die SN berichteten schon mehrfach vom – extremen – Fall eines einst spielsüchtigen Pinzgauers, der beim Zocken am einarmigen Banditen über Handy und PC beim Onlinecasino-Riesen Mr Green insgesamt 750.000 Euro verlor. Mit dem Argument, Mr Green betreibe in Österreich nach hier geltender Gesetzeslage verbotenes Glücksspiel, klagte der Pinzgauer über seinen Anwalt Johannes Koman den international aktiven Konzern am Landesgericht (LG) Salzburg auf Rückzahlung seiner Spielverluste. Die gesamte Summe habe man aber nicht auf ein Mal eingeklagt, da die Gerichtsgebühren in diesem Fall enorm hoch gewesen wären, so Koman: „Wir haben die

verspielte Summe auf sechs einzelne Schadenersatzklagen aufgedröselte. Und bezüglich vier dieser Klagen bzw. Verfahren, in denen insgesamt rund 530.000 Euro rückgefordert wurden, liegen inzwischen schon rechtskräftige Urteile zu unseren Gunsten vor.“

Mit anderen Worten: Sowohl LG Salzburg wie auch Oberlandesgericht Linz als Berufungsinstanz stellten fest: Die beklagte Partei Mr Green verstoße mit ihren Online-Glücksspielangeboten gegen das heimische Glücksspielmonopol; nach geltender Judikatur dürfe hierzulande nur die Österreichische Lotteriegesellschaft mit ihrer Plattform win2day einschlägiger Anbieter sein. Besagtes Monopol verstoße den Urteilen zufolge laut herrschender Rechtsmeinung des Obersten Gerichtshofs (OGH) und auch jener des Europäischen Gerichtshofs nicht gegen Unionsrecht (EU-Recht). Sukkus: zwischen Kläger und Mr Green sei kein gültiger Glücksspielvertrag zustande gekommen. Der Betreiber müsse dem Pinzgauer sämtliche Verluste zurückzahlen.

Weil Mr Green bezüglich aller vier Klagen auf eine außerordent-

liche Revision an den OGH verzichtete, sind die Berufungsentscheidungen somit nicht nur bereits vollstreckbar, sondern nun auch definitiv rechtskräftig. Die in der ersten Klage des Pinzgauers geforderte Teilsumme von 130.000 Euro hat der Onlineriese mit Sitz in Malta tatsächlich im Oktober 2020 bezahlt; zuvor hatte sich Koman beim LG Salzburg



Johannes Koman, Rechtsanwalt

„Mr Green muss jetzt weitere 400.000 Euro zurückzahlen.“

einen europäischen Zwangsvollstreckungstitel ausstellen lassen und eine maltesische Anwaltskanzlei mit der Exekution beauftragt. Geld überwiesen hat der Onlinecasino-Riese letztlich aber erst, als Koman die Zwangsverwaltung der Österreich-Domain von Mr Green betreffend Online-Gaming beantragte.

Allein am LG Salzburg sind etliche weitere Schadenersatzklagen von Spielern anhängig – jeweils rund ein halbes Dutzend

gegen Mr Green und den ebenfalls lizenlos am heimischen Markt agierenden Anbieter bet-at-home. Doch nicht nur die Big Player der Branche – wie die Genannten oder auch Interwetten, Unibet oder bet365 – betreiben, weil lizenlos, hier illegales Glücksspiel (Sportwetten dürfen die im Ausland sitzenden Betreiber hingegen anbieten, Anm.): „Am heimischen Markt bieten 30 Firmen illegal Online-Glücksspiel an. Sie machen angesichts Zigtausender Spieler riesige Gewinne. Und seit Corona ist nicht nur die Spieleranzahl weiter gestiegen, sondern auch die Höhe der Spieleinsätze“, sagt Gerhard Wüest. Der Jurist ist Chef vom Prozessfinanzierer Advofin. Dieser bietet Glücksspielgeschädigten die Möglichkeit, ihre teils massiven Verluste per (Sammel-) Klage ohne Prozessrisiko zurückzuholen; im Erfolgsfall erhält Advofin dafür einen Teil des Rückzahlungserlöses.

Laut Wüest werden aktuell 1500 Spieler von Advofin vertreten, in Summe wurden von diversen Anbietern bislang 30 Millionen Euro an Netto-Spielverlusten eingeklagt, 2,5 Millionen Eu-

ro wurden bereits erfolgreich erstritten. „Wir haben schon an den Oberlandesgerichten Wien, Linz und Innsbruck rechtskräftige Entscheidungen erkämpft. Nur bezüglich zweier Klagen hat die beklagte Partei – bwin – außerordentliche Revision beim OGH erhoben“, so Wüest. Nachsatz: Im Schnitt betrage die eingeklagte Summe 20.000 Euro, in einem Fall gehe es aber auch um zwei Millionen Euro.

Raffaela Zillner, Generalsekretärin der „Österreichischen Vereinigung für Wetten und Glücksspiel“ (OVWG), übt heftige Kritik am Glücksspielmonopol: „Österreich ist eines der letzten Länder, das an einem unionsrechtswidrigen Monopol festhält. Wir wollen Lizenzen für alle Anbieter – die Lizenzen müssen an hohe inhaltliche Kriterien geknüpft sein.“ Rechtsexperten würden der OVWG „laufend bestätigen, dass das hiesige Monopol unionsrechtswidrig ist. Gründe dafür sind u. a. die Werbung des Monopolisten (Casinos Austria, Anm.), die nachweislich sogar Nichtspieler zum Spiel anregt, und die inkohärente Ausgestaltung der Glücksspielregulierung.“

➤ Ibiza und die Folgen ➤ Dutzende Ermittlungen, es drohen weitere Prozesse

Startschuss durch Strache



Zeitzeuge
Strache:
Es dürfte
weitere
Prozesse
geben.

Der Hauptdarsteller des berühmtesten Videos der Nation schlüpft unfreiwillig in eine ungeliebte Rolle. Anklage gegen Heinz-Christian Strache. Einen Termin für den ersten „Ibiza-Prozess“ gibt es noch nicht. Fest steht: Er dürfte nicht der einzige bleiben in diesem Kontext. Und er könnte wegweisend sein.

Der Ex-FPÖ-Boss will sich vor dem Prozess, den die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wegen Bestechlichkeit begehrte, nicht äußern. Der Prozess um Zuwendungen eines Spitalsbetreibers im Gegenzug für eine Gesetzesänderung könnte wegweisend sein für den Verlauf weiterer Verhandlungen. Dutzende Ermittlungsstränge – acht allein gegen Strache. Zahlreiche Beschuldigte, u. a. drei Finanzminister und ein Justizminister (alle ÖVP).

Großes Ungemach dürfte Strache in der „Spesen-Affäre“ (der Ex-Blauer soll seiner Partei Privates in großem Umfang verrechnet

haben) blühen. Zu diesem Aspekt ermittelt die StA Wien, die sich auch mit Hintermännern des Videos beschäftigt. Auch da wird es laut „Krone“-Infos eine Anklage geben. Die WKStA hat u. a. noch die „Schenkungsliste“ von Novomatic-Gründer Graf oder die Causa Gernot Blümel im Visier. Der Finanzminister soll in einen Deal mit Novomatic (Spenden für Hilfe des damaligen Außenministers Kurz für ein Steuerproblem des Glücksspielgiganten in Italien) verwickelt gewesen sein. Alle Genannten dementieren jegliche Vorwürfe. Es gilt die Unschuldsvermutung. Erich Vogl

„Die Presse“, 17.04.2021

„Dinge, die privat sind, sollen privat bleiben“

Interview. Die ehemalige Grünen-Chefin Eva Glawischnig übt Kritik daran, dass Chat-Protokolle an die Öffentlichkeit gespielt werden, spricht über ihre Erfahrungen bei Novomatic und erzählt von krankmachenden Erlebnissen in der Politik.

VON OLIVER PINK

Die Presse: Was machen Sie jetzt eigentlich?

Eva Glawischnig: Im Moment bin ich noch in Bildungskarenz – bis 1. Juli. Dann würde ich gern mit meiner selbstständigen Tätigkeit als Nachhaltigkeitsberaterin für Unternehmen beginnen.

Was haben Sie in der Bildungskarenz gemacht?

Ich wollte ursprünglich in Berlin etwas abschließen. Das ging dann aber coronabedingt nicht so, wie ich mir das vorgestellt habe. So habe ich die vergangenen Monate dann wie viele andere Eltern auch im Home-Schooling verbracht und mich nebenher weitergebildet.

Sie waren zuvor bei Novomatic. Hatten Sie nie das Gefühl, dass Sie nur engagiert wurden, um das Image des Unternehmens aufzubessern?

Dieses Gefühl hatte ich nicht. Ich wurde nicht zuletzt aufgrund der gesetzlichen Vorgaben geholt, des sogenannten Nachhaltigkeitsdiversitätsverbesserungsgesetzes. Das verpflichtet große Unternehmen in ihrem Geschäftsbericht neben den finanziellen Kennzahlen auch die nicht finanziellen, also die Nachhaltigkeitskriterien, darzustellen. Das war meine Aufgabe im Spielerschutz in Ländern, in denen wir tätig waren, in Italien, Deutschland, den Niederlanden, Spanien, Österreich.

Novomatic hat allerdings sehr auf vielfältige politische Kontakte geachtet – von Gernot Blümel bis Alfred Gusenbauer. Auch Sie kommen nun in den Chats vor: Sie sollen Bundespräsident Alexander Van der Bellen sensibilisiert haben für die Anliegen der Novomatic, in Hinblick auf die Casinos und Tschechien.

Mir ist das vollkommen schleierhaft, wie und warum solche SMS an die Öffentlichkeit gelangen. Das war damals in meiner ersten Woche bei der Novomatic, und ich



Wird nun Unternehmerin: Eva Glawischnig. Im Gespräch mit „Presse“-Innenpolitik-Chef Oliver Pink.

[Clemens Fabry]

habe Van der Bellen einfach erzählt, was ich jetzt mache.

Das war kein Lobbying?

Das war ein Freundschaftsbesuch. Ich verahre mich da gegen jegliche Vorwürfe. Ich hätte da auch gern mehr Sauberkeit: Dass Dinge, die privat sind, wie ein privater Besuch, einfach privat bleiben.

Das würden Kurz, Blümel, Schmid und Co. auch so sehen.

Mir ist das unverständlich, warum private Dinge hinausgespielt werden. Da sind auch die Medien aufgerufen, die Grenzen genau zu wahren: Was ist relevant, und was ist Privatleben?

Halten Sie es für möglich, dass Novomatic Parteien, etwa die ÖVP, über Vereine sponsert?

Ich hatte in meinem Bereich ein, zwei größere Projekte, eines war eine Kooperation mit Suchtforschungsstellen, mit dem AKH Wien, mit einer Medizinerin. Alles andere ist nicht in meinem Verantwortungsbereich gelegen.

Wie ist denn nun Ihr Eindruck von Ihrem ehemaligen Chef, Harald Neumann?

Dazu will ich nichts sagen. Ich habe bei der Novomatic viele, auch sehr tolle Menschen kennen gelernt. Es ist ein Unternehmen wie alle anderen österreichischen Unternehmen auch, das im Bereich Nachhaltigkeit ein Management auf die Beine stellen musste. Ich habe auch viel dort gelernt.

Was denn?

Das Nachhaltigkeitsmanagement

aufzusetzen in einem globalen Konzern, mit Unternehmenspolicies zu arbeiten, Leute mitzunehmen, das Internationale zu verstehen, was funktioniert in Spanien anders als in Holland.

Sie haben diese Woche in Puls4 gemeint, Sie wären auch aus Groll gegenüber Ihrer Partei zu Novomatic gegangen. Es habe Verletzungen und Kränkungen gegeben. Zog sich das quer durch, oder gab es spezielle Anlässe?

Vor Ihrem Rücktritt gab es einen skurrilen, aber doch heftigen Streit mit den Jungen Grünen.

Ich war neun Jahre Parteichefin. Natürlich kam es immer wieder zu interner Kritik, das ist auch anstrengend. Aber ich habe großen Respekt vor allen Grünen nach wie vor, mein Herz bleibt grün.

Gibt es Grüne, die Sie besonders genervt haben?

Ich habe ein großes Herz – und sie alle in mein Herz geschlossen.

Macht Spitzenpolitik krank? Sie hatten vor Ihrem Rücktritt einen allergischen Schock.

Das war schlimm und extrem unangenehm, wenn du merkst, dass der Körper dir die Grenzen aufzeigt. Und das war definitiv so.

Das war auch ein Grund für Ihren Rücktritt?

Mit Sicherheit. Hätte ich das nicht gehabt, hätte ich das Jahr noch weitergemacht. Das hat mich einfach gezwungen dazu, die Notbremse zu ziehen.

Wie geht es Ihnen jetzt gesundheitlich?

Super. Ich habe seitdem nie mehr wieder irgendetwas gehabt.

Wie finden Sie die Performance der Grünen in der Regierung?

Ich habe großen Respekt vor ihrer Arbeit, was sie leisten und was sie schaffen.

Sie lassen sich nicht von der ÖVP unterkriegen?

Das kommentiere ich nicht.

Wie finden Sie Kanzler Kurz?

Den kommentiere ich auch nicht. Politisch bin ich jetzt Privatperson.

Ein Comeback in der Politik ist auszuschließen?

Definitiv. Ich freue mich, dass ich jetzt anwenden kann, was ich gelernt habe: Stressresistenz, Gelassenheit, Ausdauer, Leute motivieren. Nun in meinem kleinen Ein-Personen-Unternehmen.

Was tun Sie da konkret?

Die Vereinten Nationen haben 17 große globale Ziele ausgerufen. Die Regierungen sind verpflichtet, das umzusetzen. Da braucht es jetzt Zivilgesellschaft und Unternehmen, die da mit dabei sind. Mein Bereich wird das Ökologische, das Nachhaltige sein.

Im Mai 2017 trat Eva Glawischnig als Bundessprecherin der Grünen zurück, aus gesundheitlichen Gründen, wie sie damals sagte. Im darauffolgenden Jahr heuerte sie zum Entsetzen vieler Parteifreundinnen beim Glücksspielkonzern Novomatic an. Derzeit ist Glawischnig in Bildungskarenz – und sucht wieder die Veränderung.

STANDARD: Sie werden nicht zu Novomatic zurückkehren. Was wollen Sie machen?

Glawischnig: Ich werde mich mit 1. Juli als Beraterin im Bereich Nachhaltigkeit selbstständig machen. Ich habe gemerkt, dass mein Herz nach wie vor ganz stark für diesen Bereich schlägt.

STANDARD: Das ist ein ziemlicher Themenwechsel vom Glücksspiel zur Nachhaltigkeit.

Glawischnig: Nein, meine Aufgabe bei Novomatic war ja auch das Management im Bereich Corporate Responsibility and Sustainability. Da geht es genau um diese Fragen: Wie erwecke ich diese Ziele der Nachhaltigkeit zum Leben? Das war meine Aufgabe.

STANDARD: Was haben Sie aus drei Jahren Novomatic mitgenommen?

Glawischnig: Der Perspektivenwechsel ist sehr lehrreich. Wenn du aus der Politik kommst, machst du Vorgaben, arbeitest auf Gesetzesänderungen hin, änderst Rahmenbedingungen. Das ist ein fundamentaler Unterschied zur anderen Seite, wo die Zivilgesellschaft und die Unternehmen diese Vorgaben dann mit Leben erfüllen müssen. Ich habe auch gelernt, wie schwierig es ist, dieser Fülle an Vorgaben gerecht zu werden.

STANDARD: Sie haben quasi für die Bösen gearbeitet. Ihr Wechsel zu Novomatic hat hohe Wellen geschlagen und gerade bei den Grünen für Empörung gesorgt. Sie sind zum Klassenfeind, ins Reich des Bösen gewechselt. Warum haben Sie diesen Job überhaupt angenommen, war da auch eine gewisse Trotzreaktion dabei?

Glawischnig: Es gibt nicht Gut und nicht Böse. Es wird wenig Unternehmen in Österreich geben, die ich als Politikerin nicht kritisiert habe. Ich wollte wirklich etwas ganz anderes machen. Und ja, es war eine leichte Trotzhaltung auch dabei. Ich habe aber immer schon gerne Grenzen überschritten und andere Perspektiven gesucht. Auch deshalb war die Zeit bei Novomatic eine sehr wertvolle Erfahrung.

STANDARD: Und da war nie eine Spur von schlechtem Gewissen dabei? Sie haben für einen Glücksspielkonzern gearbeitet.

Glawischnig: Ein Leben ohne Brüche wäre kein Leben, in dem man auch etwas lernt. Ich habe meine Entscheidungen getroffen. Ich stehe auch zu mir selber.

STANDARD: Was war letztlich Ihr Motiv für den Abgang bei den Grünen?

Glawischnig: Ich habe neun Jahre lang die Partei geführt, das ist eine sehr, sehr lange Zeit. Ich war 17 Jahre lang in der Politik. Ich habe das gemacht, was ich kann, ich habe das gegeben, was ich geben kann. Mein Körper hat letztendlich eine Reaktion gesetzt, die mir diese Entscheidung aufgezwungen hat.

STANDARD: Haben Sie sich nicht ausreichend gewürdigt und geschätzt gefühlt? War das auch ein Grund für den Abgang?

Glawischnig: Die körperlichen Grenzen waren ausschlaggebend. Aber natürlich geschah das in einem Klima, das das befördert hat. Wenn man sich sehr bemüht, das Beste zu geben, es aber trotzdem nicht ausreicht und manche unzufrieden sind, wenn dann Kritik geübt wird – das ist mit Sicherheit nicht leicht. Und wenn das aus den eigenen Reihen kommt, tut man sich noch schwerer damit. Aber ich habe ganz großen Respekt vor allen, die sich jetzt bei den Grünen engagieren und die Entscheidung getroffen haben, in die Regierung zu gehen. Ich bin im Herzen eine Grüne und wünsche ihnen nur das Allerbeste.

STANDARD: Sie sind 2018 allerdings aus der Partei ausgetreten. Bleibt es dabei?



Foto: Christian Fischer

„Eine extrem brutale Welt“

Eva Glawischnig verlässt den Glücksspielkonzern Novomatic und macht sich als Beraterin selbstständig. Im Gespräch mit dem STANDARD resümiert sie ihren Abgang bei den Grünen, der von Enttäuschung und einer Trotzhaltung geprägt war. Den Rückzug von Rudolf Anschober kann sie bestens nachvollziehen.

INTERVIEW: Michael Völker

Glawischnig: Das war eine gemeinsame Entscheidung. Aber das Papier ist egal, ich bin und bleibe eine Grüne.

STANDARD: Es gibt eine deutliche Parallele zu Rudolf Anschober, der ebenfalls an seine körperlichen Grenzen gestoßen ist und die Notbremse ziehen musste. Letztlich hat er auch Reaktionen bis hin zu Morddrohungen nicht mehr ausgehalten. Wie geht man mit diesem Irrsinn um, der aus Social Media über einen hereinschwappt?

Glawischnig: Ich kann Anschober sehr gut verstehen. Er hat immer den direkten Kontakt mit Menschen gesucht, im Zug, auf der Straße. Wenn man das nicht mehr schrankenlos wahrnehmen kann, weil man bedroht wird, ist das eine enorme Umstellung. Plötzlich muss man auf sich selbst aufpassen, weil es Morddrohungen gibt. Die Social Media sind eine extrem brutale Welt, in der alles so schnell geht und Dinge nicht lange überlegt werden, ehe sie gepostet werden. Das ist eine

Sie haben immer schon gerne Grenzen überschritten, erklärt Eva Glawischnig ihren Wechsel zu Novomatic. Mit den Grünen haben sie sich wieder ausgesöhnt.

neue Form der Kommunikation, mit der alle in der Politik umgehen lernen müssen.

STANDARD: Frauen sind von der Brutalität, die die Social Media mit sich bringen, offenbar noch härter betroffen.

Glawischnig: Ja, da kommt diese sexualisierte Gewalt dazu, diese Drohungen. Das ist eines meiner Projekte, die ich immer noch verfolge, gemeinsam mit Maria Windhager, die mir als Anwältin zur Seite steht. Die macht hervorragende Arbeit. Da gibt es wirklich Grenzüberschreitungen hin zum Positiven – dank ihr, das muss ich sagen. Da haben uns die Grünen immer unterstützt.

„Ein Leben ohne Brüche wäre kein Leben, in dem man auch etwas lernt. Ich habe meine Entscheidungen getroffen. Ich stehe auch zu mir selber.“

STANDARD: Was gibt es für Strategien, als Politiker mit dieser Belastung umzugehen? Man ist permanent Beleidigungen und Demütigungen ausgesetzt.

Glawischnig: Das kann man sich nicht täglich anschauen, das muss auch nicht sein. Man braucht da eine gewisse Gelassenheit. Man muss Pausen machen können. Sieben Tage und 24 Stunden, das geht einfach nicht. Ich weiß, es ist ganz schwer, Pausen zu machen, aber ohne geht es einfach nicht. Das ist auch kein nachhaltiger Umgang mit dem Beruf. Das ist etwas, was ich gerne anbieten möchte: persönliches Coaching. Ich möchte meine Erfahrungen teilen, ergebnisorientiertes Führen, Stressresistenz, Konfliktmanagement, Verhandlungsführung, Sitzungsführungen, Umgang mit Interessenvertretern ...

STANDARD: Sie könnten Ihre Dienste Wolfgang Mühlstein, dem neuen Gesundheitsminister, anbieten, der wird das brauchen.

Glawischnig: Ich wünsche ihm von Herzen alles Gute. Alle, die jetzt Verantwortung tragen, haben meinen allerhöchsten Respekt.

STANDARD: Was kann Mühlstein besser machen als Rudolf Anschober?

Glawischnig: Dazu werde ich in der Öffentlichkeit nichts sagen.

STANDARD: Was sagen Sie zum Zustand der Koalition?

Glawischnig: Das mag ich auch nicht kommentieren. Bis 2050 wollen wir eine klimaneutrale Welt schaffen, das ist eine Herausforderung, wir müssen dabei auch soziale Ziele mitverfolgen. Wir müssen die EU wieder beleben. Da ist eine Politik notwendig, die sich an Inhalten ausrichtet. Da muss es um die Sache gehen. Die Politik muss den Blick wieder auf das Wesentliche lenken.

STANDARD: Ist für Sie eine Rückkehr in die Politik denkbar?

Glawischnig: Nein. Ich freue mich jetzt auf meine neue Aufgabe. Ich habe viel gelernt in der Politik, das möchte ich jetzt weitergeben. Schnell in den Entscheidungen sein, nüchtern bleiben, eigeninitiativ bleiben, selbstkritisch sein.

EVA GLAWISCHNIG (52) wurde 2008 Bundessprecherin der Grünen und Klubobfrau im Parlament. Davor war sie Dritte Nationalratspräsidentin. Begonnen hat sie bei der Umweltschutzorganisation Global 2000. 2017 schied sie aus der Politik aus, im folgenden Jahr nahm sie einen Job bei Novomatic an, leitete die Stabsstelle für Nachhaltigkeitsmanagement und verantwortungsvolles Spiel (Corporate Responsibility and Sustainability). Offizieller Status derzeit: Bildungskarenz.

„Die Presse“, 16.04.2021

Es gibt ein Leben nach der Politik

Analyse. Eva Glawischnig ist wieder da – jedenfalls im Fernsehen. Andere ehemalige Spitzenpolitiker hingegen bleiben abgetaucht. Wiederum andere reden dafür umso mehr. Über die verschiedenen Typen im postpolitischen Raum.

VON OLIVER PINK

Es war ein bemerkenswerter Auftritt am Mittwochabend in der Sendung „Pro & Contra“ auf Puls4: Eva Glawischnig, ehemals Grünen-Chefin und seit ihrem Ausstieg aus der Politik nicht mehr oft gesehen, sprach offen über die Kränkungen, die ihr ihre eigene Partei, für die sich sie abgerackert habe, zugefügt habe. Darüber, wie schwer es gewesen sei, nach ihrem politischen Ausscheiden wieder einen Job zu finden. Und darüber, wie sie dann auch aus Groll gegenüber ihrer Partei ausgerechnet zum Glücksspielkonzern Novomatic gewechselt sei. Sie habe sich gedacht: „Ich breche die Brücken ab, zünde alles an“, sagte Glawischnig. Mittlerweile ist sie bei Novomatic wieder ausgeschieden und macht sich nun als Beraterin selbstständig.

Auch der ehemalige ÖVP-Obmann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner war in der Fernsehsendung zu Gast. Er wiederum arbeitete sich vorzugsweise an seinem Nachfolger Sebastian Kurz ab – ohne ihn allzu direkt mit Namen zu adressieren. Eine Abrechnung mit dem Kanzler hatte Mitterlehner vor zwei Jahren auch schon in Buchform vorgelegt.

Politiker nach der Politik. Ein eigenes Kapitel. Verkürzt und zusammengefasst könnte man diese exemplarisch in die hier folgenden Typen unterteilen:

Das Modell Faymann

Der Schweiger. Der ehemalige SPÖ-Kanzler Werner Faymann hat sich seit seinem mehr oder weniger unfreiwilligen Abgang überhaupt nicht mehr öffentlich geäußert – nicht zur Politik, auch nicht zu anderen Themen. Bislang passte auch Eva Glawischnig in dieses Schema. Faymann ist heute als Berater selbstständig, kümmert sich um Immobilienprojekte, macht unter anderem Geschäfte mit China. Faymann zieht auch im Hintergrund nicht mehr die Fäden (siehe Modell Gusenbauer), wiewohl er den Aufstieg des ihm nahestehenden Michael Ludwig zum Wiener SPÖ-Chef und Bürgermeister – jedenfalls gedanklich – sicher wohlwollend begleitet haben wird.

Das Modell Busek/Androsch

Die Plauderer. Auch wenn es mit-



Am Mittwochabend bei Puls4 aus Anlass des Anschöber-Rücktritts: Ex-Grünen-Chefin Eva Glawischnig, Ex-ÖVP-Chef Reinhold Mitterlehner, dazwischen Moderatorin Corinna Milborn. [Puls4]

lerweile ruhiger um sie geworden ist – die beiden Ex-Vizekanzler Erhard Busek und Hannes Androsch waren viele Jahre die auffälligsten Vertreter der sogenannten Balkon-Muppet-Fraktion. Sie haben sich in schöner Regelmäßigkeit zu allem und jedem zu Wort gemeldet, immer wieder auch mit guten Ratschlägen für die Nachfolger. Auch Heinrich Neisser gehört(e) in diese Gruppe. Wobei jeder das freilich auch in seinem Selbstverständnis als Homo politicus tat – als jemand, der weiterhin Anteil an den Angelegenheiten des Staates nimmt und auch eine Meinung dazu hat.

Das Modell Schüssel

Der Altkanzler wählte einen moderaten Mittelweg. Er schwieg grundsätzlich zur Tagespolitik, machte allerdings auch immer wieder einmal Ausnahmen – bei größeren Anlässen oder wenn „Die Presse am Sonntag“ bei ihm anklopfte. Schüssel schrieb auch eine Kolumne in der „Neuen Zürcher Zeitung“. Er legte den Fokus weg von der Innen- zur Weltpolitik und gab den abgeklärten Elder Statesman. Darüber hinaus nahm er in diversen Aufsichtsräten Platz und war willkommener Gesprächspartner auch international aktiver Politiker – bis hin zu Wladimir Putin.

Das Modell Gusenbauer

Der umtriebige rote Altkanzler, nunmehr ebenfalls Geschäftsmann, bestens vernetzt, vor allem in Ländern der ehemaligen Sowjetunion, zog nach seinem Abschied aus der Politik auch weiter gern die Fäden im Hintergrund. Sowohl innenpolitisch – Christian Kern brachte er etwa Tal Silberstein nahe – als auch außenpolitisch. Aus den nun publik gewordenen Chats des früheren Novomatic-Chefs Harald Neumann ging hervor, dass er Alfred Gusenbauer gebeten habe, seine Kontakte in Italien für das Unternehmen spielen zu lassen. Zudem wurde kolportiert, dass Gusenbauer nun auch bei der Anbahnung von Rot-Pink in Wien seine Finger mit im Spiel gehabt haben könnte.

Das Modell Kern

Der Ex-SPÖ-Kanzler ist zwar ganz aus der Politik ausgestiegen, ganz los lässt sie ihn offensichtlich nicht. Vorzugsweise auf Twitter kommentiert er das politische Geschehen – wie bei Mitterlehner ist der Fokus recht eindeutig. Noch ausgeprägter ist er nur noch bei Frau und Sohn. Allerdings twittert Kern auch noch zu anderen Dingen – wie Fußball oder Musik.

Das Modell Klima

Das ist wirklich selten geworden: Ein Politiker ist nach seinem Ausstieg aus einem Regierungsamt so begehrt, dass sich Weltkonzerne um ihn reißen. Und er dann in diesem Unternehmen noch die größere Karriere macht als zuvor als Politiker. Viktor Klima, eher glück-

“

Es war auch Groll dabei – gegenüber meiner eigenen Partei. Ich habe mich im Stich gelassen gefühlt. Mir gedacht: Jetzt breche ich die Brücken ab, zünde alles an.

Eva Glawischnig

loser Kanzler der SPÖ, heuerte beim Autokonzern VW an und wurde Chef des Unternehmens für Südamerika. Nun sind zwar auch Alfred Gusenbauer, Werner Faymann und Christian Kern wirtschaftlich erfolgreich, nur mussten sich diese dafür selbstständig machen bzw. ist Kern in die Firma seiner Frau eingestiegen.

Das Modell Anschöber

Wie genau das aussehen wird,

weiß man noch nicht. Vielleicht endet Rudolf Anschöber tatsächlich als Schriftsteller. Er will jetzt jedenfalls einmal einen Roman schreiben, hat er bei seiner Abschiedspressekonferenz diese Woche angekündigt. Da der bisherige grüne Gesundheitsminister bei diesem Auftritt allerdings auch nicht „Adieu“, sondern „Auf Wiedersehen“ gesagt hat, ist nicht ganz auszuschließen, dass er nicht vielleicht doch eines Tages in die Politik zurückkehrt. Eventuell sogar als grüner Bundespräsidentschaftskandidat. Das wäre dann das Modell Van der Bellen.

Das Modell Van der Bellen

Was Winston Churchill (mehrfach) vorerzählt hat wie kaum ein Zweiter: das Comeback nach dem (vermeintlichen) Aus. Churchill saß schon zu Hause, malte, schrieb Bücher – und kehrte doch wieder in führender Funktion zurück. In Österreich wandelte Alexander Van der Bellen auf seinen Spuren. Auf den Ausstieg folgte der Aufstieg. Erst tat sich Van der Bellen durchaus schwer mit dem Loslassen: Nach seinem Rücktritt als Grünen-Chef saß er noch im Nationalrat, danach sogar noch im Wiener Gemeinderat. Dann hörte er auf. Allerdings nicht endgültig. 2017 wurde er Bundespräsident.

„Standard“, 16.04.2021

Ein Glücksspielraum für schöne Künste

Der neue Eigentümer des ehemaligen Novomatic Forum gewährt Kunst ein dauerhaftes Quartier

Olga Kronsteiner

Wien – Worüber man zuletzt hinter den Kulissen eifrig munkelte, ist nun gewiss: Wien bekommt eine neue Kunsthalle, wobei der Begriff „Halle“ angesichts der Ausstellungsfläche von rund 1000 Quadratmetern etwas überdimensioniert gewählt scheint. „Space“ träfe es wohl eher. Ort des Geschehens: das ehemalige Novomatic Forum, das der Glücksspielkonzern im Februar für 26 Millionen Euro (inkl. MwSt.) an die LNR Projektentwicklung verkaufte.

Wie damals angekündigt, sieht LNR-Geschäftsführer Lukas Neugebauer für das repräsentative, von 1922 bis 1923 von den Otto-Wagner-Schülern Hermann Aichinger und Heinrich Schmid errichtete Gebäude gegenüber der Secession eine Mischnutzung vor. Wie DER STANDARD vorab erfuhr, wurden die Pläne nachjustiert. Die Büroflächen werden vom Projektentwickler selbst genutzt, die Konferenz- und Veranstaltungsräumlichkeiten künftig für Kongress-, Seminar- und Eventveranstalter zugänglich gemacht.

Im Erdgeschoss – samt einer umlaufenden Galerie – soll schon ab dem Sommer bildende Kunst einquartiert werden, wie man auf Anfrage bestätigt. Vorgesehen ist eine Präsentation österreichischer Gegenwartskunst im internationalen Kontext. Damit würden, passend zum zentral gelegenen Standort in unmittelbarer Nähe zum Naschmarkt, sowohl das heimische Publikum als auch Touristen angesprochen. Ein „symbiotisches Gesamtkonzept“ mit „einer starken kulturellen Komponente“, fasst Neugebauer zusammen.

Martin Ho als Interessent

Gespräche mit potenziellen Pächtern, vor allem auch für die Gastronomie mit einer großzügigen Außenterrasse mit bis zu 140 Sitzplätzen, befänden sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Bis Ende April könnten die Verhandlungen bereits abgeschlossen sein. Deshalb hält man sich auch noch in der Frage bedeckt, wer denn nun den schmucken Art-déco-Bau künftig mit Kunst bespielen wird. Die für die Miete anfallenden Kosten sol-

len in einer marktüblichen Größenordnung von 40 Euro je Quadratmeter für kulturelle Nutzung liegen.

Martin Ho und seine Dots Group kämen dafür infrage: gesichert für die Gastronomie, aber vielleicht auch für den Kunstbereich, wiewohl das zum gegenwärtigen Zeitpunkt offiziell niemand bestätigen will. Der Szenegastronom sammelt nicht nur Kunst, mit der er die Niederlassungen seines Imperiums ausstattet, sondern gründete schon vor einiger Zeit eine Galerie, deren Standort einige Male wechselte: Von der Wollzeile und einer Pop-up-Zwischenstation im Looshaus übersiedelte er schließlich in die Seilerstätte.

Mitten im Wiener Galerienviertel – und als Nachbar von Ursula Krinzinger – realisierte er dort zuletzt die aus Mr Wow (Fine Dining), Chin Chin Bar und Ho Gallery bestehende Multi-Concept-Location. Welchen Namen das ehemalige Novomatic Forum künftig trägt, dessen Schriftzug bereits entfernt wurde? Derzeit noch ungewiss, er soll sich jedenfalls am Konzept des Kulturbetriebes orientieren.

INTERVIEW DER WOCHE



SKEPTISCHER BLICK.
Für Universitätsprofessor
Gerhard Strejcek wird bei
der Gesetzesnovelle von
„falschen Voraussetzungen“
ausgegangen

Die türkis-grüne Regierung plant die Novellierung des Glücksspielgesetzes, um die zuletzt verstärkt in Negativschlagzeilen geratene Branche wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu manövrieren. Die Bereiche Spielerschutz, Aufsicht, Regulierung und Lizenzen sowie fiskalische- und Eigentümerinteressen sollen künftig entflochten werden. Dazu ist es vorgesehen, die Zuständigkeiten für Aufsicht und Lizenzen an eine unabhängige, neue Aufsichtsbehörde bzw. einen richterlichen Konzessionssenat zu übertragen. Auch Berichtspflichten gegenüber dem Parlament sollen rechtlich verankert werden. Um Spielerschutzstandards und einen ordnungsgemäßen Abgabenvollzug durchzusetzen, wird der Zugriff auf das Angebot illegaler Anbieter, die in Öster-

reich ohne entsprechende österreichische Lizenz tätig sind, künftig mittels DNS-Blocking eingeschränkt. Eine Verschärfung der Einschränkungen für Glücksspiel-Werbung in Analogie zum Tabakgesetz ist ebenfalls vorgesehen, was nicht nur in der Branche für Aufregung sorgt. Laut Plan soll es bis Herbst eine entsprechende Regierungsvorlage geben, womit die Novelle mit 1. 1. 2022 in Kraft treten könnte. News hat den Glücksspielexperten Gerhard Strejcek dazu befragt.

Herr Professor, welche Erwartungen setzen Sie in die Glücksspiel-Novelle? Wird die ein großer Wurf?

Da bin ich skeptisch. Meiner Ansicht nach wird bei der Novelle prinzipiell von falschen Voraussetzungen ausgegangen: Entgegen den gängigen Aussagen befindet sich das Glücksspiel in Österreich nicht in einer Hand, weshalb es ei-

gentlich auch nicht getrennt werden muss. Die Anteilsverwaltung für die mittlerweile nur noch 33,24 Prozent an den Casinos Austria befindet sich ja bei der ÖBAG, die Konzessionsbehörde ist der Finanzminister, und die Aufsicht übt das Finanzamt Österreich aus. De facto gehört das österreichische Staatsmonopol eigentlich nur noch indirekt dem Staat. **Handelt es sich möglicherweise um eine Anlassgesetzgebung?**

Eindeutig – wegen Ibiza und den politischen Folgen. Für mich sieht es irgendwie so aus, als ob man ein heißes Eisen weglegen und sich von einer Verantwortung verabschieden möchte. Aber eine Verantwortung bleibt auch bei Einführung eines unabhängigen Senats letztlich beim Finanzminister, der dem Parlament Rede und Antwort stehen muss. Außerdem wird mit der Novelle nicht das Ursprungs-

problem – mögliche Zahlungen an Parteien – angegangen. Um mögliche Bestechung zu verhindern, braucht man so ein Gesetz eigentlich nicht, sondern nur einen unbestechlichen Charakter, der sagt: „Ich bin nicht bestechlich.“ Dafür erscheint mir der Aufwand für so eine umfassende Novelle, die das ganze System durchpflügt, sehr groß.

Sind dadurch Interessenkonflikte bei Aufsicht, Konzessionserteilung oder fiskalischer Aufsicht künftig ausgeschlossen?

Die können niemals ausgeschlossen werden. Vor allem, wenn jemand in der Verwandtschaft oder im Freundeskreis oder bei einer sonstigen Vereinigung ein Naheverhältnis zu einem Mitglied einer solchen Behörde hat. Parteipolitik spielt eine viel geringere Rolle,

„Man möchte ein heißes Eisen weglegen“

Die geplante Novelle des **Glücksspielgesetzes** sorgt nicht nur in der politisch umstrittenen Branche für Diskussionen. Mögliche Werbeeinschränkungen könnten Konzessionäre, Werbebranche und Trafikanten schwer treffen. Der Glücksspielexperte Gerhard Strejcek über das heikle Vorhaben

Von Günter Fritz; Fotos: Ricardo Herrgott

als angenommen wird, diese wird – leider – nur bei den Postenbesetzungen „schlagend“, und die haben mit der Lizenzvergabe nichts zu tun.

Wie beurteilen Sie die Schaffung eines unabhängigen Konzessionssenats?

Aus verfassungsrechtlichen Gründen hinsichtlich Gewaltenteilung sowie Kontrollfunktion von Justiz und Gesetzgebung gegenüber der Verwaltung sehe ich einen richterlichen Konzessionssenat eher skeptisch. Nur weil künftig Richterinnen und Richter entscheiden, wird das Verfahren deshalb noch nicht transparenter. Ich persönlich würde eine „gemischte“ Behörde, in der richterliche Mitglieder oder erfahrene Verwaltungsbeamte ihren Sachverstand einbringen, bevorzugen. Es gibt ja schon jetzt einen Beirat mit hohem fachlichem Niveau und offensichtlicher Unabhängigkeit. Mir scheint, dass die Reform zu ei-

ner Überregulierung führt: Zunächst ein Richtersenat, dann wie bisher das Bundesverwaltungsgericht und zwei Aufsichtsbereiche, darunter der Rechnungshof. Das ist zu viel auf einmal und dient meines Erachtens nur formell der besseren Kontrolle. So oder so werden jedenfalls die Jahre 2027 und 2030 zur Bewährungsprobe für die neue Behörde werden: 2027 enden nämlich die Konzessionen für das sogenannte „Stadtpaket“, also die Spielbankkonzessionen in Wien, Linz, Salzburg und Bregenz und die Lotterienkonzes-

sion, 2030 die für das Landpaket, also die Casinos in Baden, Gastein und Velden.

Werden die geplanten Änderungen der Branche und deren Image helfen?

Das Image der Branche und der Konzessionäre wurde ja nicht nur durch das Ibiza-Video und die Aussagen dort zu einzelnen Unternehmen angepatzt, sondern auch durch umstrittene Vorstandsbesetzungen bzw. -abgänge in Glücksspielunternehmen. Das waren Vorgänge, die die Öffentlichkeit nicht unbedingt für die Konzessionäre eingenommen haben.

Nach aufsehenerregenden Ermittlungen, scheint eine ziemliche Stille in der Branche eingeleitet zu sein.

Man hat momentan das Gefühl, dass in der Branche eine Art Angststarre herrscht. Von neuen Plänen oder etwaigen Innovationen ist derzeit nichts bekannt – im Gegensatz zu früher, als der Sektor sehr dynamisch war. Damals wurde ja erfolgreich versucht, das Glücksspiel aus dem gesellschaftlich dubiosen Eck zu holen – sozusagen das Casino zu einem anständigen Raum zu machen, in dem die Besucher zu nichts genötigt werden und alles seriös zugeht. Das ist zwar noch immer so, trotzdem ist die Branche irgendwie wieder in Verruf geraten. Das finde ich sehr schade.

Stichwort Spielerschutz: Was bedeutet die Novelle dafür?

Der Spielerschutz ist in Österreich derzeit sehr unterschiedlich geregelt. Am schärfsten ist ►

„Um mögliche Bestechung zu verhindern, braucht man so ein Gesetz eigentlich nicht

”

dieser im geltenden Gesetz für Spielbankenbetreiber, die sogar Aufklärungs- und Recherehpflichten bei auffälligem Spielverhalten haben. So etwas ist selten in der österreichischen Rechtsordnung, dass ein Inhaber eines Geschäfts einen scheinbar betuchten Kunden aktiv fragen muss, ob er sich das leisten kann, was er kaufen oder tun will. Weder Juweliere noch Luxusautoverkäufer müssen das tun, wohl aber Spielbankenbetreiber, wenn eine Person häufig in ein Casino kommt und intensiv spielt. Das Ergebnis einer solchen investigativen Befragung ist oft der Verlust eines guten Kunden, der dann nach Tschechien oder in ein Nachbarbundesland oder ins Internet ausweicht. Darin sehe ich übrigens ein Hauptproblem: Die echten und gefährdeten Spielsüchtigen wollen anonym bleiben und zerstören ihre Existenz klammheimlich.

Was könnte die Abschaffung der Videolotterie-Konzession des Bundes bringen?

Wenn die VLT-(Video-Lotterie-Terminal-)Konzessionen wegfallen, dann sind jene Anbieter von Landesausspielungen die Gewinner, die schon jetzt den Markt dominieren bis hin zu „Landes-Monopolen“, die es laut Bundesverfassung nicht geben sollte. Die Verlierer wären die Konzessionsinhaber, das heißt: die Österreichischen Lotterien. Ich persönlich sehe auf Bundesebene eher die Chance auf einheitlichen Spielerschutz als im Modell der Landesausspielungen, die etwa in Wien verboten sind.

Wird mit der Novellierung

eigentlich dem Stand der Technik Rechnung getragen?

Das glaube ich nicht, weil die VLT durch Zentralcomputer gesteuert sind und daher den höchstmöglichen Schutz vor Manipulationen bieten. Das scheint mir der Weg der Zukunft zu sein, wogegen dezentrale Automaten im schlimmsten Fall im „Hinterzimmer“ dem Spielerschutz nicht dienen und auch keine Kontrolle der Identität und des Spielverhaltens ermöglichen.

Wie beurteilen Sie die Lage beim kleinen Glücksspiel?

In Österreich herrschen sehr unterschiedliche Standards, je nach Bundesland. Dort, wo es erlaubt ist, bilden sich schnell Marktführer heraus wie in Niederösterreich. Positiv bewerte ich die Bemühungen, auch den Spielerschutz bei Landesausspielungen zu verbessern und Selbstregulative einzelner Unternehmen in Richtung verantwortungsbewusstes Spielen. Negativ ist die fehlende Gesamtkohärenz, das heißt, das Auseinanderklaffen der Regulative von einem Totalverbot bis hin zu einer Öffnung dieses Sektors. Obwohl ich kein Zentralist bin, sehe ich den Bund in der Pflicht, einheitliche Standards vorzugeben.

Und was ist mit dem illegalen Glücksspiel?

Auf Online-Ebene soll das Blockieren von IP-Adressen vorgesehen werden, das kann unter Umständen eine effektive Maßnahme sein, wobei aber auch ein Darknet existiert, wo es dann munter weitergeht. In Frage käme auch das Unterbrechen der Zahlungsströme durch Inpflichtnahme von Kre-



ZUR PERSON Gerhard Strojcek

Der gebürtige Wiener, 57, ist ao. Universitätsprofessor für Öffentliches Recht an der Uni Wien und habilitierte über Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht und Allgemeine Staatslehre. Er verfasste zahlreiche Publikationen zum öffentlichen Wirtschaftsrecht und leitet das Zentrum für Glücksspielforschung, das 2005 in das Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der juristischen Fakultät eingegliedert wurde. Hauptforschungsgebiete sind Glücksspielrecht, ökonomisches Umfeld von Spiel und Wette, historische Entwicklung, Kriminologie und Suchtforschung.

ditkartenunternehmen und Zahlungsdienstleistern; wenn kein Geld fließt, dann sind illegale Anbieter ihres wichtigsten Instruments in Verbindung mit dem Onlineangebot beraubt. Es ist ja auch möglich, den Ankauf von unerlaubten NS-Devotionalien oder Drogen im Internet zu bekämpfen, warum also nicht auch das illegale Glücksspiel?

Es ist ja auch ein Werbeverbot geplant. Gut oder nicht?

Ein Werbeverbot für die Konzessionäre würde keine Ver-

besserung für die Spieler bringen, wohl aber spürbare finanzielle Einbußen für die beteiligten Werbeagenturen, das Anzeigenaufkommen der Medien, das Sport- und Kultursponsoring und letztlich auch für die Trafikanten, für die das Lottogeschäft und Tipp 3 überlebenswichtig ist. Unionsrechtlich ist so ein Verbot (anders als beim Tabak) nicht vorgesehen. Im Gegenteil: Der EuGH hat immer wieder ausgeführt, dass es wichtig ist, dass Staaten bzw. konzessionierte Unternehmen den Spieltrieb auf das legale Angebot lenken und dass es dazu notwendig ist, in maßvoller Weise zu werben. Verboten ist nur das Anreizen durch aggressive Werbung für Glücksspiele, was in Österreich nie stattgefunden hat. Zudem würden die Grundrechte auf Erwerbsfreiheit und auf Kommunikations- bzw. Informationsfreiheit durch ein Werbeverbot verletzt, da dieses weder erforderlich ist noch verhältnismäßig erscheint, um Spieler bzw. Nichtspieler zu schützen. Legale Marktkommunikation zu unterbinden, ist definitiv ein Fehler.

Hätte das juristische Folgen?

Ich bin mir ganz sicher, dass es deshalb zu Klagen bzw. einem Antrag an den Verfassungsgerichtshof auf Gesetzesprüfung kommen würde. Die Konzessionäre müssen sich schon auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen dagegen wehren. **N**

„Ein Werbeverbot würde keine Verbesserung für die Spieler bringen



„Standard“, 15.04.2021

U-Ausschuss: Glücksspiel und Immobilien

ÖVP-Abgeordneter Hanger sieht im U-Ausschuss Geldverschwendung

Wien – Mit Eduard Müller ist am Mittwoch der Finanzminister der Übergangsregierung im Ibiza-Untersuchungsausschuss befragt worden. Der nunmehrige Vorstand der Finanzmarktaufsicht (FMA) sollte vor allem Fragen zur Glücksspielnovelle beantworten, die laut Opposition auf den Betreiber Novomatic zugeschneidert worden sein soll.

Müller – damals noch in der Sektion I im Finanzministerium tätig – bestätigte, was schon mehrere Auskunftspersonen im U-Ausschuss gesagt hatten: Die Glücksspielnovelle sei zurückgezogen worden, da die "Spiegelung" mit dem Koalitionspartner der ÖVP, der FPÖ, nicht stattgefunden habe. Weitere Wahrnehmungen zu dem Thema habe er nicht, sagte Müller. Ein Jahr später habe es einen neuen Entwurf gegeben. Auch zur Bestellung des FPÖ-nahen Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos Austria konnte Müller nicht viel sagen. Als damaliger Leiter der Sektion I sei er über die Vorgänge aber informiert worden. Staatssekretär im Ministerium war damals Hubert Fuchs.

Müller bestätigte auch, dass dessen Kommunikation mit den Beamten

aufgrund einer Weisung über das Ministerbüro habe laufen müssen. Ende 2018 sei die Zusammenarbeit neu geregelt worden: Über Informationsersuchen sei auch der direkte Austausch erlaubt worden.

Bei der Bestellung von Thomas Schmid zum Öbag-Vorstand sei seiner Wahrnehmung nach alles ordnungsgemäß abgelaufen.

Leistbarer Luxus

Vor Müllers Befragung hatte Hans-Peter Weiss, Geschäftsführer der Bundesimmobiliengesellschaft BIG, die Unternehmensstrategie der Tochter Austrian Real Estate (ARE) verteidigt. Die grüne Abgeordnete Nina Tomaselli kritisierte in der Vergangenheit immer wieder, dass die öffentliche Gesellschaft gemeinsam mit privaten Investoren Immobilien im Luxussegment entwickle, wo ihr Auftrag doch sei, "leistbares Wohnen" zu schaffen.

Weiss verneinte, dass die ARE einen solchen Auftrag habe. Zu Projektpartnerschaften mit Privaten sagte er bereits im Februar im STANDARD, dass man auf diese Weise Know-how und Ressourcen bündeln könne. Vergaberechtliche Implikationen hätten

solche Partnerschaften keine, egal wie groß der Anteil der ARE an einem Projekt sei.

ÖVP kritisiert Kosten

"Objektive Aufklärung und Kontrolle durch das Parlament sind wichtig, aber wir erleben derzeit, dass der Ausschuss bis aufs absolute Maximum verlängert wird, obwohl schon lange keine relevanten Erkenntnisse gemacht werden", beschwerte sich am Mittwoch der ÖVP-Abgeordnete Andreas Hanger per Aussendung. Der Erkenntnisgewinn bei den Ladungen von Opposition und Grünen konvergiere inzwischen gegen null, so der ÖVP-Fraktionsvorsitzende im U-Ausschuss. Für den Steuerzahler heiße das: "Außer Spesen nichts gewesen."

Allerdings sind in der Vergangenheit auf Wunsch der ÖVP auch Auskunftspersonen aus dem SPÖ-Umfeld geladen worden, bei denen nicht immer ein offensichtlicher Bezug zum Untersuchungsgegenstand – die mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung – bestand und deren Befragungen mitunter mangels Fragen rasch wieder zu Ende waren. (APA, red)

➤ Ibiza und Co ➤ Spektakuläres Ende eines langen Tages

Schreddern erhitzt Gemüter

Breites Spektrum im Ausschuss am Mittwoch: Es ging um die Bundesimmobilien (BIG), eine geplante Glücksspielnovelle und einmal mehr ums Schreddern. Bei diesem Thema wurde es emotional. Und es gab eine handfeste Überraschung: Die Justiz ermittelt wieder.

Eduard Müller, Finanzminister der Übergangsregierung, heute Vorstand der Finanzmarktaufsicht, sollte zur Glücksspielnovelle Auskunft geben, die laut Opposition auf Novomatic zugeschnitten war. Müller, damals Beamter im Finanzministerium, sagte Bekanntes: Die Novelle sei zurückgezogen worden, da es keine

„Spiegelung“ mit dem ÖVP-Koalitionspartner FPÖ gegeben habe. Was das genau bedeutete, konnte Müller nicht beantworten. Davor war Hans-Peter Weiss am Wort, Geschäftsführer der BIG. „Wir achteten darauf, einen Wert für die Republik aufzubauen.“ Leistbares Wohnen sei nie Auftrag gewesen. Zuletzt wurde „ge-

schreddert“. Die Auskunftsperson war Kollege jenes Herrn, der Festplatten des Kanzleramts entsorgt hatte. War Belastendes drauf? Es ging rund. ÖVP gegen alle. Der Türke Andreas Hanger sprach von „Lügenmärchen der Opposition“, nahm das zurück, der Befragte entschlug sich. Er sei Beschuldigter. Die Schredderaffäre ist wieder Ermittlungsgegenstand. „Aufgrund politisch motivierter Anzeigen.“ Definitiv die große Überraschung am gestrigen Tag.

E. Vogl, S. Schieder



Foto: SEPA Media | Martin Juen

Klare Schwerpunktsetzung

„Insider“, 14.04.2021



2.755 Menschen weltweit besitzen mehr als 1 Milliarde Dollar. Im Corona-Jahr 2020 wuchs ihr Vermögen um 60 Prozent auf insgesamt 13,1 Billionen Dollar.

Die soeben veröffentlichte Liste der reichsten Menschen der Welt des US-Magazins „Forbes“ zeigt: Den Superreichen schadet die Coronakrise finanziell nicht.

Milliardärs-Klub. Alle 17 Stunden steigt rund um den Globus jemand neu auf in den Klub der Dollar-Milliardäre. Das ergibt eine Auswertung des US-

Wirtschaftsmagazins *Forbes*, das alljährlich die Liste der reichsten Menschen der Welt veröffentlicht.

Soviele Milliardäre wie nie, um 660 mehr als im Vorjahr

Die Pandemie scheint den Superreichen förderlich zu sein, denn die soeben erschienene *Forbes*-Liste 2021 umfasst

2.755 Milliardäre – so viele wie noch nie und um 660 mehr als im Vorjahr. Von denen sind 493 Newcomer (darunter 210 aus China). Weitere 250, die in den letzten Jahren rausgefallen waren, feiern ein Comeback.

Noch reicher. Beeindruckende 86% der Alt-Milliardäre sind jetzt reicher als vor einem Jahr. In Summe wuchs das Vermögen der Superreichen 2020 um 60% – von 8 Billionen Dollar auf jetzt 13,1 Billionen oder 13.100 Milliarden Dollar.

An der Spitze des aktuellen *Forbes*-Rankings behauptet sich Amazon-Gründer Jeff Bezos als reichster Mensch der Welt. Sein Internet-Versandriese ist einer der großen Profiteure der Pandemie. Bezos' Vermögen explodierte dank der Kurs-Rallye der Amazon-Aktie um 64 Mrd. auf 177 Mrd. Dollar. Auf Rang 2 folgt Tesla-Chef Elon Musk mit 151 Mrd. Dollar: Er machte

mehr als 30 Plätze gut, wurde – ebenfalls dank der Aktie seines E-Autobauers – um unglaubliche 126,4 Mrd. Dollar reicher.

Reichster Europäer. Platz 3 geht an Luxus-Tycoon Bernard Arnault, zu seinem LVMH-Imperium gehören 75 Hochpreis-Marken von Louis Vuitton bis Moët & Chandon. Der Franzose hat laut *Forbes* ein Vermögen von 150 Mrd. Dollar – und ist der reichste Europäer. In den Top 10 findet sich nur ein weiterer Nicht-US-Amerikaner: der indische Industrie-Magnat Mukesh Ambani, der mit 84,5 Mrd. Dollar Rang 10 innehat.

Frauen. Die reichste Frau der Welt ist Françoise Bettencourt Meyers: Die Erbin des Kosmetikherstellers L'Oréal kommt aktuell auf 73,6 Mrd. Dollar, was ihr im Gesamtranking Rang 12 einbringt. Die 67-jährige Französin wurde übrigens knapp 25 Mrd.

dm-Erbe ist mit 18-jüngster Multimilliardär der Welt

Mit 3,3 Mrd. Dollar steht der deutsche Teenager auf Platz 925 der Reichen-Liste.

Jung & superreich. Milliardär ist Kevin David Lehmann bereits, seit er 14 ist. Damals übertrug ihm sein Vater Günther Lehmann seinen 50%-Anteil an der Drogeriemarktkette dm. Lehmann

junior, inzwischen 18, hat es nun in die neueste Ausgabe des Superreichen-Rankings von *Forbes* geschafft: auf Rang 925, mit geschätzten 3,3 Mrd. Dollar Vermögen. Der 18-jährige Deutsche ist damit der absolut jüngste Multimilliardär auf der Liste.

MILLIARDÄRS-RANKING DER REICHSTEN ÖSTERREICHER



5.
Mark Zuckerberg
Facebook-Chef,
97 Mrd. \$.

22.
MacKenzie Scott
Bezos-Ex,
mit 53 Mrd. \$
drittreichste Frau.

r Geld

Das sind die zehn Reichsten der Welt

Jeff Bezos, Amazon	177 Mrd. \$
Elon Musk, Tesla	151 Mrd. \$
Bernard Arnault, LVMH	150 Mrd. \$
Bill Gates, Microsoft	124 Mrd. \$
Mark Zuckerberg, Facebook	97 Mrd. \$
Warren Buffett, Investor	96 Mrd. \$
Larry Ellison, Oracle	93 Mrd. \$
Larry Page, Google	91,5 Mrd. \$
Sergey Brin, Google	89 Mrd. \$
Mukesh Ambani, Industrieller	84,5 Mrd. \$

Dollar reicher, weil der Aktienkurs ihres Unternehmens seit März 2020 um rund 40 % stieg. Platz 2 der weiblichen Superreichen geht an Walmart-Erbin Alice Walton (61,8 Mrd.), auf Rang 3 folgt MacKenzie Scott, die Ex-Frau von Jeff Bezos, mit 53 Mrd. Dollar. **Newcomer.** Der wohl schillerndste Neuzugang auf der Forbes-Liste 2021 ist Reality-Star und Kosmetikunternehmerin Kim Kardashian. Das Vermögen der 40-jährigen Beauty wuchs laut Forbes von 780 Mio.

Dollar im Oktober 2020 auf mittlerweile 1 Mrd. Dollar. Das bringt im Reichen-Ranking Platz 2.674 – den sie sich freilich mit vielen teilen muss. Zu den Neu-Milliardärinnen zählt auch Whitney Wolfe Herd, Mitgründerin und Chefin der Dating-App Bumble. Die 31-Jährige ist mit 1,3 Mrd. Dollar jüngste Selfmade-Milliardärin.

Ex-US-Präsident Trump stürzte im Reichen-Ranking um 298 Plätze ab

Absolut jüngster Superreicher ist der 18-jährige Deutsche Kevin David Lehmann, Erbe der Drogeriemarktkette dm (siehe Kasten links). Er besitzt mit 3,3 Mrd. Dollar mehr als Ex-US-Präsident Donald Trump, für den es auch finanziell nicht mehr rundlief: Sein Vermögen schrumpfte von 3,5 auf 2,4 Mrd. Dollar, er stürzte um 298 Plätze auf Rang 1.299 ab.

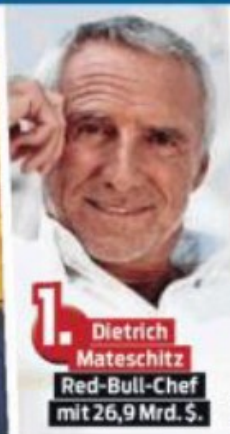
Angela Sellner



Ulrich Mommert
Austro-Industrieller ist
neu im Reichen-Ranking.



3.
Georg Stumpf
Immo-Unternehmer,
6,5 Mrd. \$.



1.
Dietrich Mateschitz
Red-Bull-Chef
mit 26,9 Mrd. \$.



2.
Johann Graf
Novomatic-Gründer,
7,1 Mrd. \$.

Die Zahl der Milliardäre in Österreich ist laut „Forbes“ innerhalb eines Jahres von 9 auf 12 gestiegen.

Austro-Milliardäre. Wobei das US-Magazin unter „Austria“ auch Personen listet, die nicht die österreichische Staatsangehörigkeit haben, aber in Österreich leben. Wie etwa den deutschen Kult-Sandalen-Unternehmer Christian Birkenstock, der seinen Wohnsitz in Kitzbühel hat. Die Mehrheit ihres Schlappen-Imperiums haben die Brüder Birkenstock im Übrigen heuer im Februar an den reichsten Europäer Bernard Arnault verkauft.

Heimische Milliardäre kommen zusammen auf 62,7 Mrd. Dollar

Aber zurück zu den reichsten Österreichern, die ihr Vermögen 2021 laut Forbes in Summe auf 62,7 Mrd. Dollar steigern konnten (nach 42,1 Mrd. Dollar im Jahr 2020).

Reichster Österreicher bleibt Red-Bull-Mitgründer Dietrich Mateschitz mit 26,9 Mrd. Dollar (2020 kam er erst auf 16,5 Mrd. Im Forbes-Gesamt-Ranking liegt Mateschitz auf Rang 56.

Top-10-Milliardäre aus Österreich laut »Forbes«

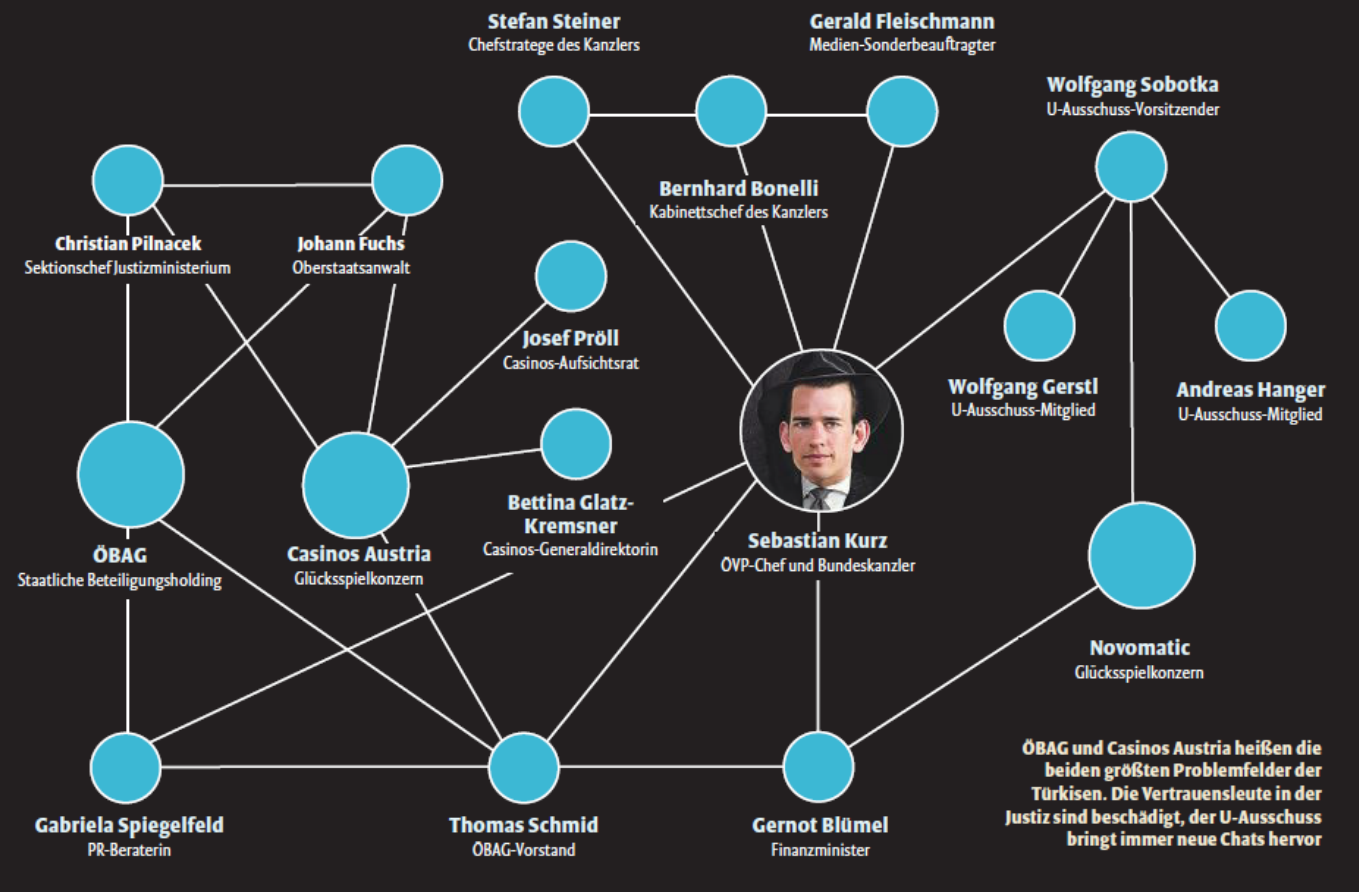
Dietrich Mateschitz, Red Bull	26,9 Mrd. \$
Johann Graf, Novomatic	7,1 Mrd. \$
Georg Stumpf, Immo-Unternehmer	6,5 Mrd. \$
René Benko, Signa-Gründer	5,6 Mrd. \$
Michael Toller, Unternehmer	3,6 Mrd. \$
Heidi Horten, Kaufland-Erbin	3,2 Mrd. \$
Wolfgang Leitner, Andritz	1,8 Mrd. \$
Reinold Geiger, L'Occitane	1,8 Mrd. \$
Stefan Pierer, KTM	1,3 Mrd. \$
Ulrich Mommert, Unternehmer	1,2 Mrd. \$

Zweitreichster Österreicher ist Novomatic-Gründer Johann Graf mit 7,1 Mrd. Dollar. Der dritte Platz im Austro-Ranking geht an Immobilien-Unternehmer Georg Stumpf (6,5 Mrd. Dollar). Auf Rang 4 folgt der Tiroler Investor und Signa-Gründer René Benko mit 5,6 Mrd. Dollar.

Einziger echter Neuzugang aus Österreich auf der Milliardärsliste ist der Industrielle Ulrich Mommert (Lichtsystem-Hersteller ZKW, den er 2018 an LG verkaufte). Sein aktuelles Vermögen schätzt Forbes auf 1,2 Mrd. Dollar (Platz 2.378 im weltweiten Ranking). In die heimische Milliardärs-Liga zurück kehrten 2021 KTM-Chef Stefan Pierer sowie der Vorarlberger Reinold Geiger, Chef und Hauptaktionär der französischen Kosmetikfirma L'Occitane.

Türkische Freundeskreise

Enge Vertraute des Kanzlers, befreundete Karrieristen und wohlgesinnte Beamte sind zunehmend in die ÖVP-Korruptionsaffären verwickelt oder mit der politischen Schadensbegrenzung beschäftigt



SIPPENBILD:
JOSEF REDL, BARBARA TÓTH

EINE SCHRECKLICH KORRUPTTE FAMILIE

Die Bussi-Bussi-Gesellschaft rund um Kanzler Sebastian Kurz versinkt in einem Sumpfaus Korruption und Postenschacherei

Die Magnolienbäume blühten wie bestellt, ihre prachtvollen Blüten wiegen sich in der leichten Aprilbrise und die Vögel zwitscherten fröhlich, als Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Werner Kogler vergangenen Samstag im Garten des Barockpalais Schönburg vor die Kamerateams traten. Nach Tagen voll mit peinlichen Buberl-Chats, Postenschacherei und Korruptionsmief sollte Hoffnungsfrohes verkündet werden. Getreu dem Motto: „Wenn dir nicht gefällt, worüber die anderen reden, sprich einfach über etwas ganz anderes.“

Die Regierung erarbeitet einen „Comeback-Plan“, um aus der Pandemie gestärkt in die alte Normalität zurückzukehren, erzählten Kurz und Kogler der Presse. Sie will 500.000 Menschen zurück in ihre Jobs bringen, dazu die Schulen digitalisieren und das Steuersystem ökologisieren. Für diesen „Comeback-Turbo“ soll das „Comeback-Team“ mit Arbeitsminister Martin Kocher (ÖVP), Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) und Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) zuständig sein.

Alles zauberhaft, wäre der Hauptdarsteller nicht entzaubert. Für Sebastian Kurz, 34 Jahre jung, seit zwölf Jahren Politiker von Beruf, seit vier Jahren ÖVP-Chef und Kanzler seiner bereits zweiten Koalition, beginnen die politischen Lehrjahre gerade erst. Bis vor kurzem war alles pastell wie die Magnolienblätter: jüngster Kanzler in der Geschichte der Zweiten Republik, beliebtester noch dazu. Seine

Partei verlässlich im Hoch, seine Persönlichkeitswerte ebenso. Mit 37,5 Prozent Stimmenanteil bei den Nationalratswahlen 2019 wiedergewählt, Chef eines europaweit beachteten Bündnisses aus Konservativen und Grünen.

Ab da wurde es düster.

Im Kampf gegen das Coronavirus bockte die gut geölte Politikmarketing-Maschinerie der Türken schon gewaltig, noch gefährlicher sind aber die Ausläufer der Ibiza-Affäre. Das im Mai 2019 veröffentlichte Video sprengte die türkisch-blaue Koalition, was als „blauer Skandal“ begann, wird nun zum türkischen Problem. Im

Fortsetzung nächste Seite

APA/OGM-Vertrauensindex ist Kurz auf Platz vier abgerutscht, in der *Profil*-Sonntagsfrage sackt die ÖVP auf 33 Prozent ab, als Kanzler wollen ihn nur noch 27 Prozent – absoluter Tiefststand seit seiner Angelobung im Jahr 2017. Im April 2020 lag er bei 55 Prozent. Der Postenschachervorwurf wiegt schwer. 45 Prozent der Bevölkerung folgen der – von allen Türken gerade propagierten – Erzählung, dass das in Österreich „schon immer so war“. Aber 39 Prozent meinen, die „ÖVP treibt es dabei besonders arg“, ergab eine Unique-Umfrage für die Tageszeitung *Heute* (Sample jeweils 800 Befragte).

Ein türkischer Comeback-Plan? Das Eingeständnis, Fehler gemacht zu haben? Vorerst nicht in Sicht. Ein türkischer Comeback-Turbo? Da bräuchte es wohl wieder eine Balkanroute, die man schließen müsste. Das Flüchtlingsthema funktioniert für Kurz immer noch am verlässlichsten als Stimmungsfestiger, um die von der FPÖ im Jahr 2017 eroberten Wähler bei sich zu behalten. Das türkische Comeback-Team? Kurz' Mannschaft ist angekratzt, auch er selbst, aber parteiintern ohne Konkurrenz. Das war schon immer die wichtigste politische Lebensversicherung in der ÖVP.

Vier Jahre Kurz produzierten eine geradezu schwindelerregende Anzahl an Skandalen und Affären. Gemeinsam mit dem heutigen Finanzminister Gernot Blümel schanzte er seinem Freund Thomas Schmid den hochdotierten und einflussreichen Job als Alleinvorstand der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG zu. Blümel selbst muss sich – unter anderem – mit einer Anzeige wegen falscher Aussage vor dem Ibiza-Untersuchungsausschuss herumschlagen, die von den Oppositionsparteien eingebracht wurde. Der mächtige Sektionschef Christian Pilnacek und Oberstaatsanwalt Johann Fuchs stehen im Verdacht, ein schwarzes Netzwerk innerhalb der Justiz gebildet und vertrauliche Informationen weitergegeben zu haben.

Die ehemaligen ÖVP-Finanzminister Josef Pröll und Hartwig Löger müssen sich in der Postenschacher-Affäre um die Bestellung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos Austria AG verantworten. Gegen Bettina Glatz-Kremsner, Casinos-Chefin und frühere Parteiobmann-Stellvertreterin der ÖVP, wird wegen falscher Zeugen aussage ermittelt. Christine Aschbacher musste als Arbeitsministerin zurücktreten, nachdem bekannt geworden war, dass sie mitten im Corona-Jahr 2020 mit einer bemerkenswerten Dreistigkeit große Teile ihrer Dissertationsarbeit abgeschrieben hatte.

Die Probleme begannen nicht erst mit der Ibiza-Affäre. Schon der Beginn der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz stand im Zeichen von Illoyalität und Schwindel. In einem minutiös durchgetakteten Umsturzplan unter dem Titel „Projekt Ballhausplatz“ demolitierte er erst seinen Parteivorsitzenden Reinhold Mitterlehner und überschritt dann das gesetzliche Wahlkampfkostenlimit um satte sechs

Millionen Euro. Noch wenige Wochen vor der Wahl 2017 hatte die damalige Generalsekretärin Elisabeth Köstinger öffentlich behauptet, die ÖVP werde sich selbstverständlich an die Obergrenze halten. Schon am Anfang seines Wahlerfolgs stand also eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Kurz hat seine Siege auch mit unfairtem Mitteleinsatz errungen.

„**Natürlich war die Behauptung**, die ÖVP wolle unter Kurz darauf verzichten, sich an Negativkampagnen gegen andere zu beteiligen, immer falsch. Das war Teil der Inszenierung des sogenannten ‚neuen Stils‘“, sagt Politik-Analyst und Wahlkampfspezialist Thomas Hofer dem *Falter*. „Neu an dieser Form der Korruption ist, dass sich ein Spitzenbeamter unter Ausnutzung all seiner Möglichkeiten einen gut dotierten Job zurechtschneidet und dafür sorgt, dass der politisch bestellte Aufsichtsrat ihm diesen verschafft“, analysiert Korruptionsexperte Hubert Sickinger im *Falter*-Gespräch. Im Kern war die ÖBAG gut gedacht, aber Schmid habe „zu seinem eigenen Vorteil gehandelt. Das mag am Ende strafrechtlich nicht fassbar sein, aber es ist eindeutig politische Korruption per EU-Definition“.

Wer die Sitzungen im Nationalrat verfolgt, kennt diese Szene: Während Abgeordnete der Opposition sprechen, tippt Sebastian Kurz mit aufreizendem Desinteresse auf seinem Smartphone herum. Erst wenn er direkt vom Rednerpult darauf angesprochen wird, legt der Bundeskanzler sein Handy beiseite und verdreht dabei die Augen wie ein bockiger Teenager. „Können Sie einmal das Handy wegtun? Wir reden über Menschen, die arbeitslos sind. Wir reden über die Wirtschaft, die nicht weiß, wo das Licht am Ende des Tunnels ist, und Sie spielen mit dem Handy herum“, entfuhr es erst kürzlich dem SPÖ-Abgeordneten Josef Muchitsch.

Vielleicht hätte Sebastian Kurz in den vergangenen Jahren tatsächlich öfter einmal die Finger vom Handy lassen sollen. Seit Wochen beschäftigen Chats der ÖVP-Spitze Justiz, Medien und Innenpolitik. Im Zuge der Ermittlungen in der Casinos-Postenschacher-Affäre wurde Ende 2019 das Handy des früheren Generalsekretärs im Finanzministerium und nunmehrigen ÖBAG-Alleinvorstandes Thomas Schmid beschlagnahmt. Schmid, ein enger Vertrauter und Freund von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Finanzminister Gernot Blümel, hatte zwar rechtzeitig vor der Hausdurchsuchung alle sensiblen Daten gelöscht. Aber nicht gründlich genug. Die Ermittler der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft konnten mehr als 300.000 Chats aus einem Backup wiederherstellen. Nur ein Bruchteil davon ist bis jetzt öffentlich bekannt. Doch auch dieser winzige Ausschnitt reicht, um einen Einblick in die Welt der türkischen ÖVP zu gewinnen.

Die Chats zeigen, wie Thomas Schmid von seinem Posten im Finanzministerium aus die Ausschreibung für den Job des ÖBAG-Vorstands zu seinen Gunsten beeinflusste, wie er ge-

„Neu ist, dass sich ein Spitzenbeamter unter Ausnutzung all seiner Möglichkeiten einen gut dotierten Job zurechtschneidet“

KORRUPTIONS-
EXPERTE HUBERT
SICKINGER ÜBER
THOMAS SCHMID

Eine schrecklich korrupte Familie: Wer hat welche Rolle im System Kurz?

Die Musketiere: Skandalfeuerwehr und Provokateure

Angeführt von Nationalratspräsident Sobotka und dem jeweiligen Fraktionsführer im Ibiza-U-Ausschuss (jetzt Hanger, vorher Gerstl)

Gehelmmaffen:
Wolfgang Sobotka: Ordnungsruf
Andreas Hanger: Dreckschleuder
Wolfgang Gerstl: völlig schmerzbehaftet

Der Inner Circle: Loyal und ergeben, ersetzt intrigante Bünde und nervige Landesorganisationen

Statt sich einer Matrix aus schwarzen Bünde- und Landesorganisationen auszusetzen, holte sich Kurz Vollmachten und scharte einen harten Kern türkischer Vertrauter um sich. Regiert wird jetzt aus dem Kanzleramt. Am wichtigsten dort sind Kabinettschef Bernhard Bonelli und Vizekabinettschef Markus Gstöttner sowie Kurz' „Brain“, sein Chefberater Stefan Steiner. Zentrale Achsen zum Finanzministerium (Gernot Blümel) und in die ÖVP-Parteizentrale (Axel Melchior)

Gehelmmaffen:
Sebastian Kurz: weiße Weste
Gernot Blümel: Gedächtnislücke
Karl Nehammer: Flex
Bernhard Bonelli: Rosenkranz
Markus Gstöttner: Excel-Datel
Stefan Steiner: Hirn
Axel Melchior: unbekannt

meinsam mit Gernot Blümel und anderen Strippenziehern ein handverlehenes Aufsichtsratsgremium für die ÖBAG bestellte, das vor allem einem Zweck diene: ihn, Thomas Schmid, zum ÖBAG-Chef zu machen.

Dass Schmid den ÖBAG-Job bekommen soll, der erfolgsabhängig zwischen 400.000 und 600.000 Euro pro Jahr einbringt, war von langer Hand geplant. „Hab dir heute deine ÖBIB (Vorgängerin der ÖBAG, Anm.) gerettet“, schrieb Gernot Blümel im August 2018 an Schmid. „Mein Riesen Held“, antwortete dieser. Im Dezember 2018 meldete Blümel Vollzug: „Schmid AG fertig.“ Mitte März 2019 textete schließlich Kanzler Sebastian Kurz: „Kriegst eh alles, was du willst.“ Schmid antwortet: „Ich bin so glücklich. Ich liebe meinen Kanzler.“

Zwei Wochen später verkündete der ÖBAG-Aufsichtsrat die Bestellung von Thomas Schmid. Aber nicht nur Schmid ist, wie Gernot Blümel im Chat festhielt, „Familie“. Melanie Laure, eine von Schmidts engsten Mitarbeiterinnen im Finanzministerium, durfte als Pressesprecherin ebenfalls mit in die ÖBAG wechseln. Als Zuckerl erhielt sie auch noch einen Zusatzposten als Geschäftsführerin einer Immobilien-Tochter der ÖBAG.

Auch für die PR-Beraterin Gabriela Spiegelfeld machte sich die Freundschaft zu Thomas Schmid bezahlt. Spiegelfeld hatte Schmid geholfen, „steuerbare“ Kandidatinnen für den ÖBAG-Aufsichtsrat zu finden („Mir gehen die Weiber so am Nerv“, „Scheiß Quote“). Sie selbst erhielt einen Beratervertrag bei der ÖBAG, ihr Mann wurde in den Aufsichtsrat der Bundesforste berufen.

„Diese Chats offenbaren, dass nicht die Republik und die Menschen in Österreich das Anliegen dieser türkischen Clique sind, sondern die türkische Clique selbst ist das ausschließliche Anliegen dieser Menschen“, resümiert der SPÖ-Abgeordnete Jörg Leichtfried in einer wegen der ÖBAG-Affäre einberufenen Sondersitzung des Parlaments vergangene Woche. Neos-Finanzsprecher Sepp Schellhorn sprach von einem „moralischen Konkursantrag“.

Die Türken, genauso korrupt wie die Schwarzen, magneten für Günstlinge wie eine geschäftige Saloniere Spiegelfeld oder einen umtriebigen Karrieristen Schmid. Auch die beste politische Marketingmaschine der letzten Jahre in diesem Land kann das nicht wegdrukken. Auch wenn die Rollen in der „türkischen Familie“ klar vergeben und eingespielt sind, noch aus Zeiten des „Projekts Ballhausplatz“, des geheimen Machtübernahmeprojekts, das den engsten Kreis um Kurz bis heute loyal zusammenschweißt.

Der oberste Befehlshaber der Abteilung Gegenattacke ist Wolfgang Sobotka. Der Niederösterreicher ist sowohl Nationalratspräsident als auch Vorsitzender im Ibiza-Untersuchungsausschuss. Gerade in diesen Rollen haben sich Politiker jeder Couleur stets um eine möglichst neutrale Vorsitzführung bemüht, im Zweifel sogar

etwas strenger mit den eigenen Parteikollegen. Nicht so Sobotka. Im Parlament kanzelt er mit Vorliebe die Abgeordneten der Opposition durch Ordnungsrufe ab. Dafür reicht schon die Erwähnung des Wortes „Korruption“.

Im U-Ausschuss lässt er manche Fragen gar nicht zu, oder er verwickelt den beratenden Verfahrensrichter in formalistische Erörterungen, dadurch geht wertvolle Zeit verloren. Während die ÖVP gerne die Verrohung der Opposition im U-Ausschuss anprangert, ist der Vorsitzende selbst am wenigsten zimperlich. „Der Herr Krainer lügt schon wieder. Gewöhnen Sie sich das endlich ab“, bellte er den SPÖ-Abgeordneten coram publico an. Die falsche Unterstellung nahm er später zurück, allerdings nur in einer nichtöffentlichen Sitzung.

Eigentlich dürfte Sobotka den Vorsitz im U-Ausschuss aus Befangenheitsgründen gar nicht führen. Er ist Gründer des Alois-Mock-Instituts, das finanzielle Zuwendungen vom Glücksspielkonzern Novomatic erhielt. Mutmaßliche Spenden der Novomatic an die ÖVP werden auch im U-Ausschuss behandelt. Dass Ermittlungen wegen Bestechlichkeit rund um das Alois-Mock-Institut nur wegen Verjährung eingestellt wurden, feierte Wolfgang Sobotka als Triumph über die Opposition. Als Maxime des politischen Handelns scheint in der türkisen ÖVP zu gelten: Hauptsache, es bleibt nichts Strafrechtliches picken.

Als Musketiere an Sobotkas Seite profilieren sich Andreas Hanger und Wolfgang Gerstl, beide stammen wie Sobotka aus Niederösterreich. Ihr Job im U-Ausschuss ist es, zeitraubende Geschäftsordnungsdebatten anzuzetteln. Und vor allem: das Anpatzen. „Flood the zone with shit“ oder „Mudding the water“ heißt das in der Politexpertensprache. Gerstl ballert gerne Presseaussendungen raus: „Gerstl: Das größte Sicherheitsrisiko für den Ibiza-U-Ausschuss sind Jan Krainer und die SPÖ-Fraktion“, „VP-Gerstl zu Ibiza-Video: Was hat Kern für die SPÖ bis heute zu verheimlichen?“, „VP-Gerstl: Unverfrorener Griff nach persönlichen Daten zeigt neue Abgründe bei SPÖ und Neos auf!“.

Auch der Koalitionspartner bekam die „Angriff ist die beste Verteidigung“-Attacken der Türkisen zu spüren. Am Wochenende warf die ÖVP den Grünen plötzlich Postenschacher vor. Ein Vertrauter und Ex-Berater von Grünen-Chef und Vizekanzler Werner Kogler, Josef Meichenitsch, wird Aufsichtsrat der ABBAG (Abbaumanagementgesellschaft des Bundes). Zu dem Zeitpunkt, als die ÖVP das öffentlich zu skandalisieren versuchte, war Meichenitsch noch nicht einmal über sein Advancement offiziell informiert worden. Woher wusste die ÖVP also von seiner Bestellung, die Sache des Finanzministeriums ist? In der ÖVP redete man sich zuerst auf eine „klubinterne Recherche“ aus, erfuhr der *Standard*.

Zeit für einen neuen Stil! Wir werden uns am gegenseitigen Anpatzen nicht beteiligen! Kein Proporz wie zu Zeiten

der großen Koalition! Die Ankündigungen des frischgebackenen Kanzlers Kurz aus dem Jahr 2017 sind nicht gut gealtert. „Saubermann im Sumpf“ (*Süddeutsche Zeitung*), „Vom Wunderkind zum Schurken“ (*Politico*), heißt es jetzt, um ihn herum herrsche ein „Mix aus Machtversessenheit und Pflichtvergessenheit“ (*Spiegel*). Nicht einmal Österreichs bürgerliche Blätter, in Wien, aber auch in den Landeshauptstädten, halten. „Zynische, brutal und angsteinflößend“ (*Die Presse*) gehe es in der türkisen ÖVP zu; „Kanzler-Anbetung“ diene als Karrierevehikel (*Vorarlberger Nachrichten*).

Der Lack der „Kurz-AG“ ist ab. Aber auch der Antrieb stockt. Als Kurz vor fast genau vier Jahren das Steuer in der ÖVP übernahm, schuf er eine Hybridkonstruktion. Die alte ÖVP, tiefschwarz, blieb bestehen, wurde aber durch umfangreiche Befugnisse für den neuen Parteichef gebändigt. Im Unterschied zu seinen Vorgängern durfte Kurz seine Minister selbst bestimmen, ohne Rücksicht auf Bündel- und Länderinteressen. Um die finanzielle Abhängigkeit der Bundespartei von den Ländern und Bündnen zu brechen, startete er eine großangelegte Spenden- und Sponsorenaktion.

Auf diese kastrierte Altpartei setzte Kurz seine junge, dynamische Truppe an, deren Top-Performer wie Kurz' Kabinettschefs Bernhard Bonelli und Markus Gstöbner ihr Handwerk nicht von ungefähr in großen Unternehmensberatungsfirmen wie Boston Consulting und McKinsey lernten. Optimieren, Straffen, Kontrollieren: Was Kurz diente, wurde integriert, was störte, kaltgestellt. Nicht nur in der Partei, in der Kritik aus der christlich-sozialen Ecke so gut wie verstummt ist. Auch in der Regierung.

Von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet, hat Kurz die traditionell auf Fachbeamten aufgebaute österreichische Ministerialverwaltung in den letzten vier Jahren zu einem Präsidialsystem umgebaut, das zentral vom Kanzleramt gesteuert werden kann. Als Instrument dienen ihm dafür die Generalsekretäre im Ministerium. Sie sind die obersten Beamten, dem Minister verantwortlich.

Im Jahr 2018, im Kabinett Kurz I (ÖVP/FPO), bekamen diese Generalsekretäre auch noch die Weisungsbefugnis gegenüber allen Sektionschefs. Und damit eine so große Machtfülle wie noch nie. Gemeinsam mit dem jeweiligen Kabinettschef, dem Büroleiter des Ministers, wurden sie zu Alleinherrschern im Haus.

Die türkisen Ministerinnen und Minister? Von Ausnahmen wie Bildungsminister Heinz Faßmann abgesehen nicht viel mehr als willfährige Marionetten oder, wie Thomas Schmid in einer Chat-Nachricht über seinen Vorgesetzten Löger verächtlich schrieb, eine „Niete“.

„Das System Kurz hat immer auf relativ schwache Ministerinnen und Minister gesetzt, die entweder keine innerparteiliche Hausmacht hatten oder eben von vornherein bedingungslos loyal waren“, sagt Politikexperte Hofer. „Das Prinzip der Message-Control bedeutet ja eben auch,

„Natürlich war die Behauptung, die ÖVP verzichte darauf, sich an Negativkampagnen gegen andere zu beteiligen, immer falsch“

POLITIK-ANALYST
THOMAS HOFER

Die Message-Controller und Negative Campaigner:

Wer braucht schon klassische Medien? Am liebsten schafft sich die Kurz AG ihre eigenen Kanäle, unabhängige Medien werden mit PR und „Hintergrundgesprächen“ bei Laune gehalten. Wenn es einmal dreckig werden soll, gibt es Lobbyisten mit guten Medienkontakten oder – noch einfacher – neue Parteipattformen wie das von Claus Reitan geführte „Zur Sache“ im ÖVP-Parlamentsklub. Die Medienarbeit steuert Gerald Fleischmann im Kanzleramt, Johannes Frischmann ist Chef-Pressesprecher für Innenpolitik

Gehelmmaffen:

Gerald Fleischmann:
Hintergrundgespräch
Johannes Frischmann:
Immer erreichbar
Claus Reitan: Adobe Photoshop

Günstlinge und Profiteure:

Manche finden Macht einfach aufregend, andere wollen unbedingt Karriere machen. Mit den Türkisen drängen auch neue Cliquen und Netzwerke vor. Posten zu vergeben gab es genug, bestes Beispiel für einen Karrieristen in der Bürokratie ist der ehemalige Pressesprecher und heutige OBAG-Chef Thomas Schmid

Gehelmmaffen:

Thomas Schmid: Emoji
Gabriela Spiegefeld:
Schnittlauch auf allen Suppen
Wolfgang Rosam: Doppelmagnum

dass die Kommunikation auch der eigenen Ressorts federführend vom Kanzleramt gestaltet wird.“

Damit fehlen aber auch die fachlichen Vorschläge aus der Beamtenenschaft, auf Wissen und Erfahrung der Sozialpartner und klassischer Lobbys wird verzichtet, stattdessen herrschen, wie in einer Unternehmensberatungszentrale, Best-Practice-Denke und internationale Ranking-Orientierung.

Die Entscheidungen fallen nicht im Ministerrat am Dienstag, sondern in Kurz' Schattenkabinett zwischen Tür und Angel, spätestens jedoch jeden Donnerstag bei der Wochenplanungssitzung.

Dabei geht es um Storys, die gut fahren. Wie etwa die Woche zuvor um Bestellungen des russischen Impfstoffes Sputnik V, der in der EU noch nicht zugelassen ist. Nicht unbedingt um Politik, die Sinn macht.

Immer mit am Tisch: Kurz' Kabinettschef Bonelli, sein Vize-Kabinettschef Gstöbner, versierte Umsetzer mit einer Vorliebe für Excel-Dateien. Dazu Stefan Steiner, Berater für alles Polit-Ideologische, Spitzname: „Brain.“ Im System Kurz besonders wichtig: PR-Strategie Gerald Fleischmann und Kommunikationsprofi Johannes Frischmann, zuständig für den Verkauf an „klassische Medien“.

Am liebsten bedient man das Publikum ohnehin über die eigens aufgebauten Kanäle via Facebook, Instagram und Twitter und zuletzt eigene Parteimedien in Trump-Manier wie das im ÖVP-Parlamentsklub angesiedelte „Zur Sache“ (siehe Seite 15).

Gemeinsam mit der „Abteilung Gegenattacke“ ergibt diese Handvoll Männer (im Kernteam gibt es tatsächlich keine Frau) die Kurz AG. Hochprofessionell bei Politschönwetter, aber nur bedingt krisenresistent.

Kurz mag sich am Samstag vergangener Woche im frühlinghaften Barockgarten als Wiederaufbaukanzler mit sozialem Gewissen präsentiert haben. Aber von einem Kanzler der Mitte, der nicht nur blaue Wähler mit Hass- und Angstthemen bei sich hält, sondern auch progressive rote, grüne und pinke Wählerinnen und Wähler anzieht, ist er weiter entfernt denn je. „So sind wir nicht! So ist Österreich einfach nicht!“, klagte Bundespräsident Alexander Van der Bellen vor nicht einmal zwei Jahren, nachdem das Ibiza-Video veröffentlicht worden war, in dem ein FPÖ-Chef außer Rand und Band, Heinz-Christian Strache, politische Gefälligkeiten, Postenschacher und Parteispenden verhandelte.

Inzwischen ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gegen den amtierenden Finanzminister Gernot Blümel, seine Vorgänger Hartwig Löger und Josef Pröll, den Chef der staatlichen Beteiligungsholding Thomas Schmid. Innsbrucker Ankläger nehmen Justiz-Sektionschef Christian Pilnacek und Oberstaatsanwalt Johann Fuchs ins Visier, weil sie den Schwarzen geholfen haben sollen. „So sind wir nicht!“, können die Türkisen in den nächsten Monaten noch oft sagen. Glauben wird man es ihnen immer weniger.

„Falter“, 14.04.2021

Die zweite Korruptionsswelle und die schwarzen Netzwerke in der Justiz

KOMMENTAR: FLORIAN KLENK

Blau-schwarze Korruption in Österreich. Vor 20 Jahren hatten wir die erste große Welle. Die Grundimmunisierung war kaum vorhanden, die Justiz war überfordert angesichts der epidemischen Gier, die das Land erfasst hatte. Fast hätte man es ja schon vergessen, was da vor 20 Jahren seinen Ausgang nahm.

Eine kurze Geschichtsstunde für die Generation der heutigen Twentysomethings: Die Ära Schwarz-Blau eins, also die Koalition zwischen ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel (der Berater von Sebastian Kurz) und der FPÖ Jörg Haider (das Vorbild Straches) hatte vielen der damaligen Repräsentanten des Staates Gefängnis beschert.

Beschaffungsvorgänge (Waffen, Telekommunikation), Privatisierungen (Wohnungen), der Verkauf von Staatsbürger-schaften, die Liberalisierung des Glücksspiels: all das spülte nachweislich auch Geld in Parteikassen und Hosensäcke schwarzer und blauer Volksvertreter. Die 2000er-Jahre, in denen Kurz und Strache politisch sozialisiert wurden, waren das Zeitalter der Gier.

Die 2000er-Jahre waren aber auch die Ära, in der Österreichs Korruptionsbehörden gestärkt wurden. Die rote Justizministerin Maria Berger schuf in ihrer kurzen Amtszeit, zusammen mit ihrem damaligen Kabinettsmitarbeiter, dem Richter Oliver Scheiber, die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft unter Führung von Staatsanwalt Walter Geyer. Eine Spezialbehörde für spezielle Fälle, die sich häuften: Peter Westenthaler (FPÖ- und BZÖ-Klubchef), Gernot Rumpold (FP-Werber), Matthias Reichhold (FP-Verkehrsminister), Hubert Gorbach (FP-Vizekanzler), Gerhard Dörfler (BZÖ-Landeshauptmann), die Gebrüder Scheuch (FPK-Landesräte), Harald Dobernig (BZÖ-Landesrat): sie alle – und viele andere – wurden verurteilt.

Die Korruptionsfahnder hatten das Virus der Gier auch in der ÖVP gefunden. Ausgerechnet Ernst Strasser, einst als liberaler Nachfolgekandidat Schüssels gehandelt, musste drei Jahre in den Knast, weil er EU-Gesetze verkaufen wollte. Sitzen musste auch Kärntens ÖVP-Chef Josef Martinz, weil er sechs Millionen Euro Bestechungsgeld beim Hypoverkauf forderte. Und ins Gefängnis wird vermutlich auch der blaue und später schwarze Finanzminister Karl-Heinz Grasser (auch er ein verheimerter ÖVP-Chef) samt seinem Trauzeugen Walter Meischberger wandern, und zwar für acht (bzw. sechs) Jahre, weil er sich zehn Millionen Euro an Steuergeldern holen wollte. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Wieso ist es wichtig, das alles noch einmal aufzuwärmen? Weil es verdeutlicht, wie die Justizbehörden trotz Störmanövern dem Recht zum Durchbruch verhelfen. Es wurde klar, dass nicht mehr die Minister mit Weisungen von ganz oben über das Schicksal Mächtiger entscheiden, wie das lange (auch unter SPÖ-Ministern) der Fall war, son-

Die Justiz erlebt ihre Mega-Krise. Die Oberen haben es übertrieben. Sie sollten endlich die Konsequenzen ziehen

dern ermittelnde Sachbearbeiter ganz unten. Staatsanwälte durften freier ermitteln als je zuvor. Um in der Sprache der Pandemie zu bleiben: das Contact-Tracing hatte funktioniert. Und das Abstandhalten zur Macht. Eine Hand wusch zwar die andere, aber die Hände der Justiz blieben sauber.

Jetzt, 20 Jahre nach Schwarz-Blau 1, stehen wir vor der zweiten Korruptionsswelle, die Erben von Schüssel/Haider waren am Werk, erneut ist die Korruptions-Intensivstation am Anschlag. Aber diesmal hat auch die Justiz dreckige Hände. Nicht die Ermittler der WKStA unten, sondern die Vorgesetzten machen sich gerade schmutzig. Die Justizorgane ziehen nicht mehr an einem Strang, sondern im Justizressort positionieren sich zwei ganz offensichtlich mit der ÖVP verhaberte Spitzenbeamte gegen vier allzu forsche WKStA-Staatsanwälte.

An zwei Fronten wird ermittelt. Da ist Straches FPÖ. Dort besteht der Verdacht auf Bestechungen und Gesetzeskauf. Anklagen sind in Vorbereitung. Und dann ist da die ÖVP-Front. Die Kurz-Truppe agierte wesentlich geschickter. In der Causa Casinos gibt es keine Videos, keine Kontobewegungen, keinen plump-gierigen Parteivorsitzenden.

Nur Chats, Kalendereinträge, Mausehe-leien, Smileys, gestückelte Spenden, „Hintergrunddeals“, also ein komplexes Geschehen, viele Andeutungen und extrem geschickte türkise Politiker, die sich entschlagen, Festplatten schreddern, ihre Computer spazieren tragen lassen oder bei Hausdurchsuchungen gesäuberte Handys vorlegen und die Fakten vernebeln. Wenn doch einmal mutmaßliche Straftaten entdeckt werden, wie etwa im Fall des von der Novomatic angeführten Alois Mock Instituts (unter der Leitung von Ex-Innenminister Wolfgang Sobotka), dann sind die Vorwürfe verjährt.

In der Eurofighter-Causa brach dieser Konflikt das erste Mal so richtig auf. Der mächtige Sektionschef Christian Pilnacek, damals Generalsekretär und somit höchster Justizbeamter des Landes, wurde von den unteren Chargen beschuldigt, den wichtigen Akt jahrelang nur einem überforderten Staatsanwalt überlassen zu haben, der daran zerbrach. „Pil“ reagierte auf seine Art, er putzte die Untergebenen zusammen. Die WKStA ließ sich das nicht gefallen, zeichnete die Dienstbesprechung heimlich auf Tonband auf und legte das Transkript der Öffentlichkeit vor. Ein Akt von Notwehr, wie man heute erkennen muss.

Die WKStA witterte schon damals Verhaberbung der Ressortbürokratie mit der Macht. Sie glaubt, dass in der Spitze des Justizressorts einige so stark mit der ÖVP vernetzt sind, dass die Ermittlungen nicht mehr unabhängig geführt werden können. Als Erste hatte dies die Ibiza-Anklägerin Christina Jilek öffentlich ausgesprochen, im U-Ausschuss Anfang Februar. Der Aufschrei blieb aus, die grüne Justizministerin Alma Zadić, von Jilek schon Monate zu-

vor en détail in Kenntnis gesetzt, wartete ab. Sie entmachtete zwar Pilnacek und ernannte eine neue Sektionschefin zur obersten Weisungsbeauftragten. Aber sonst geschah nicht viel. Pilnacek blieb Sektionschef für die Legistik und verknötete der WKStA hinterrücks die Schuhe.

Jetzt gibt es diese verhängnisvollen Chats und Akten auf Pilnaceks Handy. Es sind nicht irgendwelche Dokumente, sondern Verschlussakten, die den Sektionschef nichts angehen. Eine Vorabinfo über eine Hausdurchsuchung, beim „Gernot“, wie Pilnacek den Finanzminister amikal nennt – und um den er sich in Chats an dessen Kabinettschef wie ein privater Strafverteidiger sorgte. Gesendet wurden die Akten mutmaßlich vom Chef der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Hans Fuchs. Via Signal. Mit verschwindenden Nachrichten.

Das ist völlig unzulässig, weil sich die Staatsanwälte nicht mehr darauf verlassen können, dass ihre geheimen Ermittlungen geheim bleiben, sagt Zadić. Fuchs müsste



Nicht rote Netzwerke haben die Justiz unterwandert, sondern schwarze. Nicht die WKStA spielt Akten raus, sondern ein Sektionschef ist illoyal

natürlich sofort zurücktreten, Pilnacek detto. Beide aber bleiben im Amt.

Es ist jetzt sonnenklar, wem nicht mehr zu trauen ist. Nicht rote Netzwerke haben die Justiz unterwandert, wie Kurz streute, sondern schwarze. Nicht die WKStA spielte Akten raus, wie die ÖVP behauptete, sondern die Oberbehörden – und zwar zum Nutzen der Beschuldigten. Genau vor dieser Kulisse muss jener „Kopfschuss gegen den Rechtsstaat“ (Heinz Mayer) gesehen werden, den die Regierung plante: nämlich ein De-facto-Verbot von Razzien in Ministerien durch die WKStA.

Geschrieben hat den Entwurf Pilnacek. Der Richter Oliver Scheiber und der Verfassungsrechtler Heinz Mayer haben den Plan entdeckt und durch öffentlichen Protest gerade noch zu Fall gebracht. Das ist der Stand der Dinge. Ob Zadić stark genug ist, diese Sitten im eigenen Haus abzustellen, wird darüber entscheiden, ob sie als wichtige politische Figur einen Platz in der Geschichte einnehmen wird oder als grüne Jungpolitikerin im Kabinett Kurz bestenfalls als Randnotiz wahrgenommen wird.



Pilnacek: Der Sektionschef berät Beschuldigte gegen die WKStA



Fuchs: Der oberste Ankläger verschickt Verschlussakten per Signal

„www.automatenmarkt.de“, 13.04.2021

Löwen Entertainment präsentiert Produktneuheiten auf digitaler Hausmesse



Die Produktmanager Peter Keber (oben) und Guido Kühn erläutern auf der Digitalen Hausmesse die Produktneuheiten von Löwen Entertainment.



Seit dem heutigen 13. April stellt Löwen Entertainment bei seiner dritten Digitalen Hausmesse unter www.loewen.de/hausmesse seine Produktneuheiten vor.

Im Fokus stehen die Softwaregeneration „Impera Line HD Edition 8“ und die Produktlösungen für die bundesweite Sperrdateiabfrage in Spielhallen und der Gastronomieaufstellung. Mit „Fair Pay“ präsentiert das Unternehmen außerdem eine Aktion speziell für Aufstellunternehmer in der Gastronomie. „Für den hoffentlich baldigen Neustart haben wir starke Produkte und intelligente Lösungen“, sagt Vertriebsdirektor Andreas Hingerl.

„Impera Line HD Edition 8“

Dazu zählt die neueste Softwaregeneration aus dem Hause Löwen Entertainment: „Impera Line HD Edition 8“ mit 70 Spielen im XL-Paket und einem Jackpot-Feature. „Das Lock’n’Win-Jackpot-Feature wertet die Spiele-Klassiker Book of Ra, Sizzling Hot und Charming Lady noch einmal mehr auf“, sagt Peter Keber aus dem Produktmanagement von Löwen Entertainment in seiner Präsentation.

Schwerpunkt der Digitalen Hausmesse ist auch die bundesweite Sperrdatei ab 1. Juli 2021. Sie wird mit dem neuen Glücksspielstaatsvertrag für Spielhallen und die Gastronomieaufstellung eingeführt. Für Automatenunternehmer und ihr Servicepersonal bedeutet das: Bei jedem Gast muss künftig geprüft werden, ob er in der Spielersperrdatei hinterlegt ist. Denn wer dort eingetragen ist, ist bundesweit spielformübergreifend gesperrt.

Bundesweite Sperrdatei

Wie sich Aufstellunternehmer auf diese neuen Anforderungen am besten vorbereiten, erläutert Produktmanager Guido Kühn bei der Digitalen Hausmesse. Kühn präsentiert auch die Produktlösung für die Spielhalle. „Am komfortabelsten und schnellsten geht die Sperrdatenabfrage mit einem Dokumentenleser am „Novo“ Freischaltterminal. Ist dieses an die Vernetzung „Casinonet“ angeschlossen können die relevanten Daten eines Ausweisdokuments automatisiert mit der Sperrdatei abgeglichen werden. Und der Gast kann so auch direkt das Geldspielgerät seiner Wahl freischalten“, so Kühn.

Gastro-Lösungen

Die Lösung für die Gastronomieaufstellung stellt Produktmanager Stefan Mathes vor: die Gastro-Aktion „Fair Pay“. Das „Fair Pay“-Angebot umfasst das „Novo“ Freischaltterminal Gastro, die „Casinonet“-Vernetzung und Geldspielgeräte von Löwen Entertainment. „Fair Pay“ ist das absolute Rundum-Sorglos-Paket für jede Gastronomieaufstellung. Und mit dem Freischaltterminal und der Vernetzung ist man gleichzeitig perfekt für den künftigen Sperrdateiabgleich vorbereitet“, sagt Mathes.

Produktpräsentationen seit dem 13. April online

Alle Produktpräsentationen und Vorträge sind seit 13. April online unter www.loewen.de/hausmesse abrufbar. Zudem stehen die Produktmanager von Löwen Entertainment Kunden für Fragen im Live-Chat zur Verfügung.